Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92 . Druck u. Versand Joh. van Acken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14 . Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 19 | Düsseldorf, den 11. Mai 1929 | Versandort Krefeld

Kunstseide

Es gibt kaum einen Industriezweig, der in den letzten Jahren einen so gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen hat, wie die Kunstseidenindustrie. Und wenn auch gegenwärtig die Kunstseidenindustrie in fast allen Produktionsländern sich infolge überspannter Produktionsverhältnisse hinsichtlich Absatz und Preisgestaltung in einer gewissen prekären Lage befindet und über schwierige Verhältnisse klagt, so sind die Aussichten für die Entwicklung der Kunstseidenindustrie in den nächsten Jahrzehnten doch noch unabsehbar. Jahrelange Vorarbeiten und Untersuchungen, wissenschaftliche, technische und chemische Experimente haben zu einer staunenswerten Verbesserung der Produktionsmethoden geführt mit dem Ergebnis, daß heute die Herstellung künstlicher Seide sich auf einer technischen Höhe befindet, die es ermöglicht, eine künstliche Seide zu erzeugen, die an Feinheit und Weichheit des Fadens, an Haltbarkeit und Aussehen des Gewebes kaum der Naturseide nachsteht. So erschließt die moderne Kunstseidenindustrie sich dank ihrer rationellen Produktionsmethoden immer neue Gebiete des Textil- und Bekleidungsgewerbes und verschafft sich Absatzmöglichkeiten, die Voraussetzung und Gewähr für eine ständig zunehmende Produktion sind.

Kupferseide oder Viscose?

Die Ergebnisse dieser technischen Fortschritte in den letzten Jahren zeigen, daß dabei eine besondere Bedeutung vor allem der Entwicklung des Viscoseverfahrens zukommt. Durch die Vorteile eines wesentlich vereinfachten und verbilligten Produktionsverfahrens ist die Viscoseseidenindustrie in der Lage gewesen, ihren Anteil an den gesteigerten Erzeugnissen der Kunstseidenindustrie immer mehr zu erhöhen und die Führung in der Kunstseidenfabrikation zu übernehmen. Der Azetat- und Kupferseide mag die Herstellung besonders charakteristischer Spezialitäten verbleiben; dem Viscoseverfahren bleibt bei dem gegenwärtigen Stande der Produktionsmöglichkeiten der Markt für den Massenabsatz vorbehalten. Nicht allein für den Bedarf an kunstseidenen Wirk- und Strickwaren, Strümpfen, sogen. „wasch- [illegible] gekommene Verwendung von Kunstseide in Verbindung mit Baumwolle und Wolle stellt einen Fortschritt dar, der weitere Möglichkeiten zu einer gewaltigen Ausdehnung des Verbrauches an Kunstseide bietet.

Die deutsche Kunstseidenindustrie

Der deutschen Textilindustrie blieb es dank des hohen Standes der deutschen Chemie vorbehalten, an dieser Entwicklung hervorragenden Anteil zu nehmen. Mit 15 Prozent der gesamten Weltproduktion an Kunstseide steht Deutschland in der Folge der Kunstseide produzierenden Länder an dritter Stelle. Der Hauptanteil der Welt-Kunstseidenproduktion entfällt auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die ein Viertel der gesamten Welterzeugung an Kunstseide herstellen. An zweiter Stelle folgt Italien mit einer ebenfalls in den letzten Jahren riesig gewachsenen Kunstseidenindustrie, die eine Jahresproduktion von über 26 Mill. Kg. erreicht hat. Die Produktionsleistung der deutschen Kunstseidenindustrie betrug im Jahre 1928 rund 17 Mill. Kg. — Die englische Kunstseidenindustrie ist mit ca. 14 Prozent an der Gesamtproduktion von Kunstseide beteiligt. Auf Frankreich entfallen ca. 11 Prozent, auf Holland und Japan je 5 Prozent der gesamten Kunstseidenerzeugung. Weitere 8 Prozent verteilen sich auf die übrigen europäischen Staaten, der Rest auf die überseeischen Kunstseide produzierenden Staaten.

Die deutsche Kunstseidenfabrikation ist in drei Riesenunternehmen konzentriert: den Hauptproduktionsanteil der deutschen Kunstseidenerzeugung haben die Vereinigten Glanzstoffabriken AG. Elberfeld mit einer Jahresproduktionsleistung von rund 10 Mill. Kg. Die restlichen 7 Mill. Kg. deutscher Kunstseidenerzeugung verteilen sich auf die J. G. Farbenindustrie AG. (4 Mill. Kg. Jahreserzeugung) und die Bemberg AG. (3 Mill. Kg. Jahreserzeugung).

Zu dieser deutschen Eigenproduktion an Kunstseide kam im Jahre 1928 eine Einfuhr von rund 8½ Mill. Kg. Ihr stand eine Ausfuhr von Kunstseide aus Deutschland in Höhe von rund 6 Mill. Kg. gegenüber. Der deutsche Kunstseiden-Außenhandel zeigt also im vergangenen Jahre einen Einfuhrüberschuß von etwa 2½ Mill. Kg. oder ca. 11 Mill. M. Im Jahre 1927 betrug dieser Einfuhrüberschuß noch annähernd 40 Mill. M. Er ist also dank der erheblichen Steigerung der deutschen Kunstseidenausfuhr im Jahre 1928 ganz erheblich gesunken.

Deutschlands Kunstseidenaußenhandel

Die durchschnittliche monatliche Ein- und Ausfuhr der deutschen Kunstseidenindustrie zeigt folgende Vergleichung:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1000 Kg.	Mill. Mk.	1000 Kg.	Mill. Mk.
1926	343	3,08	302	2,70
1927	807	7,15	347	3,71
1928	724	6,47	505	5,57

Eine Untersuchung der wichtigsten Absatzländer für die deutsche Kunstseidenausfuhr zeitigt interessante Ergebnisse. Als Käufer deutscher Kunstseide und Kunstseidenprodukte steht Amerika mit 15 Prozent der deutschen Ausfuhr an der Spitze. Trotz der eigenen erheblichen Kunstseidenproduktion beanspruchen die Vereinigten Staaten infolge des außerordentlich gesteigerten Verbrauchs an Kunstseide noch eine beträchtliche Einfuhr deutscher Kunstseide. Dieselbe dürfte allerdings nur so lange anhalten, bis die amerikanische Kunstseidenindustrie ihren Produktionsapparat so weit ausgebaut hat, daß sie den eigenen Bedarf selbst decken kann. Der übrige wesentlichste Teil der deutschen Kunstseidenausfuhr geht in der Hauptsache an Länder ohne eigene bedeutende Kunstseidenindustrie. So nahmen von den wichtigsten Absatzländern im vergangenen Jahre von der deutschen Kunstseidenausfuhr auf:

Tschechoslowakei . . . ca.	10%	Rumänien . . . . . . ca.	4%
Polen . . . . „	8%	Oesterreich . . . . . . „	4%
Argentinien . . . . . „	7%	Brasilien . . . . . . „	4%
Spanien . . . . . . „	7%	Brit.-Indien . . . . . „	3%
China . . . . „	6%	Kanada . . . . „	3%
Schweiz . . . . „	5%		

Die Untersuchung der deutschen Kunstseidenausfuhr zeigt somit, daß über 60 Prozent der von Deutschland ausgeführten Kunstseide von Ländern abgenommen wird, die ohne eigene Kunstseidenindustrie sind. Der Grund hierfür liegt nicht allein in schutzzollpolitischen und sonstigen Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen der übrigen Kunstseide produzierenden Konkurrenzländer.

Die internationale Verflechtung der deutschen Kunstseidenindustrie

mit der Kunstseidenindustrie der übrigen Länder hat vielmehr zu gewissen gegenseitigen produktions- und absatztechnischen Bindungen geführt, die hier ihre Auswirkung finden. Die starke Beteiligung der deutschen Kunstseidenindustrie an amerikanischen, holländischen und italienischen Gesellschaften ist unter dem gleichen Gesichtspunkte zu bewerten. Die Absatzgebiete der Weltkunstseidenindustrie unterliegen längst der vertragsmäßigen Zuteilung; die Frage der Absatzkontingierung ist lediglich eine Frage der Zeit. Denn zweifellos werden diese kartellartigen Bindungen der Kunstseidenindustrie der verschiedenen Länder untereinander sich in den kommenden Jahren noch weiter verdichten. Die gegenwärtig eingetretene Lockerung dieser Bindungen infolge des starken Preisrückganges für Kunstseide und die zeitlichen Auswirkungen des scharfen Konkurrenzkampfes dürfen darüber nicht hinwegtäuschen. Haben die neuerlichen Bestrebungen der Kunstseideninteressenten zur Erneuerung der Preiskonventionen auch bisher noch zu keinem Ergebnis geführt, so geht doch die Kunstseidenindustrie in Deutschland — ebenso wie in den anderen Staaten — offensichtlich weiteren stärkeren Zusammenschlüssen entgegen, die ihre internationalen Auswirkungen finden werden.

Daß diese Entwicklung nicht nur unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch aus sozialen Erwägungen heraus die größte Aufmerksamkeit und ständige Beachtung auch der Arbeitnehmerschaft finden muß, bedarf keiner Begründung.

Gipfelleistungen des Profits

75 Millionen Aktienkapital • 75 Millionen Reserven • 14 Millionen Reingewinn

Die Vereinigten Glanzstoffabriken AG. Elberfeld haben mit ihrem Geschäftsbericht in den vergangenen Wochen auch ein Prospekt über die Ausgaben neuer Aktien herausgegeben. Bekanntlich umfaßt die Gesellschaft die überwiegende Mehrheit der deutschen Kunstseidenproduktion. Verschiedene Mitteilungen, die das neue Aktienprospekt der Gesellschaft macht, sind deshalb von besonderer Bedeutung. Sie lassen Rückschlüsse zu auf die Entwicklung der Kunstseidenindustrie, ihre Rentabilität und ihre Zukunftsaussichten allgemein.

Die Vereinigten Glanzstoffabriken AG. Elberfeld wurden im Jahre 1890 mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark gegründet.

Im Laufe ihres 30jährigen Bestehens war es der Gesellschaft möglich, ihr Aktienkapital von 2 Millionen auf 76,5 Millionen Goldmark, also um das 37½fache zu steigern.

Wir haben wiederholt auf die famosen Methoden hingewiesen, mit denen diese Kapitalsteigerungen vorgenommen wurden. Nur ein Bruchteil des erhöhten Kapitals ist von den Aktienbesitzern tatsächlich eingezahlt worden. Der überwiegende Teil dieser Kapitalerhöhungen besteht aus verwässerten Gewinnen, die in Form von Sonder- und Gratisaktien den Aktionären zugewendet worden sind. Eine gewaltige Vergrößerung des Unternehmens ist mit dieser Steigerung des Aktienbesitzes erfolgt. Neben Verwaltungsgebäuden in Elberfeld und Berlin und einem eigenen in Teltow bei Berlin gelegenen Forschungsinstitut umfaßt die Gesellschaft Betriebe in Oberbruch (Regierungsbezirk Aachen), Sydowsaue bei Stettin, Obernburg a. Main und Kelsterbach a. Main.

Patentgeschütztes Produktions-Verfahren.

[illegible] sellschaft gelangt das Viskoseverfahren und das Kupferoxydammoniakverfahren zur Anwendung. Beide Verfahren sind, wie die Gesellschaft mitteilt, in Deutschland und in den meisten außerdeutschen Staaten durch zahlreiche Patente geschützt. Beachtlich ist die diesbezügliche Mitteilung der Gesellschaft, daß die von den Glanzstoffabriken mit ausländischen Firmen gemeinsam erworbenen Patente auf ein neues Verfahren zur Herstellung der Viskoseseide mit 800 000 M. aktiviert und im Jahre 1928 vollständig abgeschrieben worden sind. Ein für das Viskoseverfahren außerordentlich wertvolles Patent wird im Jahre 1935 ablaufen. Die Gesellschaft kann aber bereits von neuen patentierten Verbesserungen des Herstellungsverfahrens berichten.

Aus der Mitteilung der Gesellschaft muß man zu der überraschenden Feststellung kommen, daß diese neuen Patente zur Zeit noch nicht ausgenutzt werden. Aus welchem Grunde? Die Gesellschaft wahrt sich offenbar erst die Ausbeutung des im Jahre 1935 ablaufenden Patentes — ehe sie an die Ausbeutung des neuen verbesserten Verfahrens geht.

Das 23 Millionen-Diktat

Zu den 75 Millionen Goldmark Stammaktien der Gesellschaft treten weitere 1½ Millionen Mark Vorzugsaktien. Die 75 Millionen Mark Aktienkapital sind aufgelegt durch 250 000 Stammaktien à 300,— M. mit einem Stimmrecht von je einer Stimme. Ihnen stehen 1½ Millionen Mark Vorzugsaktien zu je 60 Rentenmark Nennwert mit einem Stimmrecht von vier Stimmen pro Aktie gegenüber; also 100 000 Stimmen der Besitzer der Vorzugsaktien. Die gesamte Zahl der abstimmungsberechtigten Stimmen beträgt somit 350 000. Um die absolute Mehrheit des Aktienkapitals der Gesellschaft zu erhalten, müssen sich also die Besitzer der Vorzugsaktien mit ihren 100 000 Stimmen noch das Stimmrecht auf weitere 75 001 Stimmen sichern. Diese Stimmzahl entspricht einem Aktienkapital von (75001 mal 300) 22 500 300 Mark. Die Besitzer der Vorzugsaktien sichern sich also mit einem Gesamtkapitalanteil von 23 Millionen Mark die Mehrheit bei den Abstimmungen der Generalversammlung.

So wird die Geschäftsführung der Gesellschaft durch die Besitzer von knapp ein Drittel des gesamten Aktienkapitals bestimmt!

Aus dem vorgelegten Geschäftsbericht der Gesellschaft ist über das Geschäftsgebahren des Unternehmens nur wenig zu entnehmen. Der Fabrikationsgewinn der Gesellschaft erhöhte sich von 17,29 Millionen Mark im Vorjahre auf 24,16 Millionen Mark. Der Reingewinn erfuhr eine Steigerung von 10,73 auf 13,83 Millionen Mark. Die vorgeschlagene Dividende beträgt wieder 18 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital von 75 Millionen Mark. Für Abschreibungen wurden 6,95 Millionen Mark (4,71 im Vorjahre) ausgewiesen. Ebenso erfuhr das Konto Beteiligungen eine außerordentlich starke Erhöhung: von 37,13 Millionen Mark im Vorjahre auf 87,2 Millionen Mark. Diese Steigerung dürfte auf die amerikanischen Transaktionen der Gesellschaft im vergangenen Jahre zurückzuführen sein, über die allerdings ebenfalls befriedigender Aufschluß nicht gegeben wird.

Die Gegenüberstellung der Geschäftsergebnisse der letzten Jahre zeigt die

enorme Gewinnentwicklung

des Konzerns:

	1924	1925	1926	1927	1928
			(in Mill. Mark)		
Fabrikationsgewinn	11,1	12,4	14,2	21,2	28,1
Reingewinn . . .	4,5	5,9	6,9	10,7	13,8
Dividendensumme .	3,0	4,5	6,3	10,8	12,2
Dividende % . .	10	15	15	18	18
Tantiemen	0,45	0,68	0,62	1,0	1,23

Auffallend ist die außerordentliche Höhe des Reservefonds der Gesellschaft, der mit 75 Millionen Mark **die volle Kapitalhöhe erreicht hat.** Im einzelnen weist die ausgewiesene Bilanz starke Verschiebungen in verschiedenen Posten auf. Beachtlich ist dabei die erhebliche Steigerung des Anlagenkontos von 24,74 auf 40,37 Millionen Mark, die mit der Angliederung der Vereinigten Kunstseidenfabrik AG. und der Bayerischen Glanzstoffabrik AG. München und mit den großen Erweiterungen der Werke begründet wird. Inwiefern diese Angliederungen zu weiteren stillen Rücklagen geführt haben, läßt die Bilanz nicht erkennen.

Bilanz-Verschleierung

Mit Recht schreibt die „Kölnische Volkszeitung" zu den unübersichtlichen Bilanzangaben der Gesellschaft: „Angesichts der Bedeutung des Unternehmens, seiner stetigen Ausdehnung und seiner Stellung in der Kunstseidenindustrie sollte die Verwaltung dem berechtigten Wunsch der Oeffentlichkeit auf größere Publizität entgegenkommen. Bei den Beteiligungen wären Mitteilungen über die Leistungsfähigkeit und den tatsächlichen Umsatz der in Betracht kommenden Unternehmungen am Platze gewesen."

Umsatzziffern werden von der Gesellschaft im diesjährigen Geschäftsbericht überhaupt nicht mehr angegeben. Die übrigen ausgewiesenen Posten sind, wie wir gezeigt haben, völlig unübersichtlich und lassen eine genaue, eingehende Beurteilung der Lage des Unternehmens kaum zu. Es ist an der Zeit, daß ein neues Bilanzrecht diesem Zustande unübersichtlicher Bilanzgebahrung unserer Unternehmungen eine Ende bereitet. Nicht allein die Aktionäre, sondern auch die deutsche Arbeitnehmerschaft hat ein Recht und Interesse daran, Einsicht in die Entwicklung der Industriegesellschaften und Konzerne zu erhalten. Die Geheimniskrämerei der deutschen Wirtschaft muß ein Ende nehmen.

M.

Moderne Plutokratie

Die Kapitalmacht der Vereinigten Glanzstoffabriken.

Die deutschen Kunstseidenhersteller haben sich nicht nur zur Festlegung einer einheitlichen Preis- und Absatzregelung ihrer Produkte in einer Preiskonvention zusammengeschlossen. Darüber hinaus sind die maßgebenden Werke der deutschen Kunstseidenindustrie vielmehr auch durch gegenseitige Kapitalbeteiligungen miteinander verbunden bzw. mehr oder weniger der Kapitalmacht der führenden Gesellschaften unterworfen. Durch erheblichen Aktienbesitz halten diese führenden Unternehmen so die kleineren Gesellschaften und Werke völlig in der Hand. Es ist ihnen ein leichtes, die Produktion und Entwicklung dieser Werke maßgebend zu beeinflussen und nach ihren Wünschen zu bestimmen.

Die Mitteilungen, welche die Vereinigten Glanzstoffabriken AG. Elberfeld anläßlich der letzten Erhöhung ihres Aktienkapitals über diese Beteiligung der Gesellschaft an anderen Unternehmungen machte, sind ein interessantes Beispiel für den gewaltigen Umfang dieses Kapitaleinflusses.

Neben einer Beteiligung an verschiedenen kleineren deutschen Unternehmungen verzeichnet die Gesellschaft nach dem Stande vom 30. April 1928 folgende

Inlandsbeteiligungen:

Stapelfaserfabrik Jordan & Co., Kommanditgesellschaft, Sydowsaue. Kapital RM. 3 282 680, Beteiligung 99,3 Prozent.

J. P. Bemberg, Aktiengesellschaft, Barmen. Kapital RM 28 000 000, Beteiligung RM. 5 783 800.

Aceta, G. m. b. H., Berlin. Kapital RM. 2 000 000, Beteiligung RM. 1 000 000.

Glanzfäden Aktiengesellschaft, Elberfeld (Fabrikanlage in Petersdorf im Riesengebirge). Kapital RM. 2 000 000, Beteiligung 100 Prozent.

Deutsche Celta Aktiengesellschaft, Elberfeld. Kapital RM. 750 000, Beteiligung RM. 525 000.

Glanzstoff-Courtaulds-Gesellschaft m. b. H., Elberfeld. Kapital RM. 2 000 000, Beteiligung RM. 1 000 000.

Neue Glanzstoff-Werke, Aktiengesellschaft, Breslau. Kapital RM. 12 000 000, Beteiligung RM. 2 050 000.

Vereinigte Glanzstoffabriken, Aktiengesellschaft, Verkaufsstor, Kommanditgesellschaft, Elberfeld. Kapital RM. 320 000, Beteiligung RM. 240 000.

Spinnfaser-Aktiengesellschaft, Elsterberg i. V. Kapital RM. 3 070 000, Beteiligung RM. 1 863 000.

Kodak, Aktiengesellschaft, Berlin (Filmwerke). Kapital RM. 10 000 000, Beteiligung RM. 625 000.

Außerdem:

„Kronprinz", Aktiengesellschaft für Metallindustrie, Ohligs. Kapital RM. 9 450 000, Beteiligung RM. 1 897 800.

Barmer Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Barmen. Kapital RM. 1 000 000.

Lugauer Kammgarnspinnerei vorm. F. Hey, Aktiengesellschaft, Lugau/Erzgeb. Kapital RM. 1 000 000.

Mit Ausnahme der Neuen Glanzstoffwerke AG. Breslau und der Kodak AG. Berlin besitzen somit die Vereinigten Glanzstoffabriken bei sämtlichen genannten Textilgesellschaften zum mindesten die Hälfte des Kapitalvermögens und damit die Aktienmajorität und Führung der Gesellschaften.

Sie haben jedoch darüber hinaus ihren Kapitaleinfluß auf die führenden ausländischen Unternehmen ausgedehnt. Die kapitalbeeinflußten ausländischen Gesellschaften werden in der folgenden Aufführung der

Auslandsbeteiligungen

genannt:

Erste Oesterreichische Glanzstoffabrik AG., Wien. Kapital Schilling 16 000 000, Beteiligung Schilling 6 276 000.

Böhmische Glanzstoffabrik System Elberfeld AG., Prag. Kapital cK. 50 000 000, Beteiligung cK. 1 874 800.

N. V. Niederlandsche Kunstzijdefabriek (Enka), Arnheim. Kapital hfl. 16 750 000 Stammaktien und hfl. 3 798 000 6%ige Vorzugsaktien, Beteiligung hfl. 2 351 000 Stammaktien und hfl. 8000 Vorzugsaktien.

N. V. „Maekubee" Maatschappy tot Exploitatie van Kunstzijdefabrieken in het Buitenland, Arnheim. Kapital hfl. 50 000 000 Stammaktien und hfl. 530 000 Vorzugsaktien, Beteiligung 1 000 000 Stammaktien.

„Snia Viscosa" Società Nazionale Industria Applicazione Viscosa, Turin. Kapital Lire 1 000 000 000, Beteiligung Lire 27 000 000.

La Seta Bemberg S. A. in Mailand. Kapital Lire 30 000 000, Beteiligung Lire 3 200 000.

Superfessile Società Anonima, Rom. Kapital Lire 90 000 000, Beteiligung Lire 8 000 000.

American Bemberg Corporation in Bemberg b. Johnson City (Tennessee).

American Glanzstoff Corporation in Elizabethton (Tennessee).

Durch teilweisen Aktienbesitz und Uebernahme des Stimmrechtes befreundeter Unternehmen mit Aktienbesitz der beiden letztgenannten Unternehmen haben sich die Vereinigten Glanzstoffabriken auch die Stimmenmehrheit dieser beiden Unternehmen gesichert.

Auch auf diese ausländischen Unternehmungen hat die deutsche Kunstseidenindustrie sich also durch die Kapitalmacht der Vereinigten Glanzstoffabriken einen maßgeblichen Einfluß gesichert

Die weitere Entwicklung der Kunstseidenindustrie wird nicht zuletzt durch diesen Einfluß bestimmt werden. r.

Auf zur Jugendkundgebung des westfälischen Verbandsbezirkes!

Die Textilarbeiterjugend des westfälischen Verbandsbezirkes wird am 8. September in Bocholt zu einer großen Jugendkundgebung zusammentreten. Schon im vorigen Jahre, gelegentlich der Reichsjugendtagung unserer Organisation in Düsseldorf, wurde unter unserer Jugend der Wunsch laut, in diesem Jahre eine größere Bezirksjugendtagung abzuhalten. Als nunmehr der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zu einer Reichsjugendtagung nach Köln aufrief, hatte der Plan der Bezirkstagung bereits festere Formen angenommen, und er braucht auch deshalb nicht rückgängig gemacht werden, weil die Jugend in entfernter gelegenen Industriegebieten nicht in erster Linie die Massen zu der Tagung in Köln stellen kann. Das wird in diesem Fall die christliche Gewerkschaftsbewegung im Rheinland schon besorgen. Selbstverständlich wird auch unsere Jugendbewegung durch Abordnungen, die der Bedeutung des Tages entsprechen und deren Größe den Gruppen bereits bekanntgegeben ist, an der Reichsjugendtagung teilnehmen.

Der Bezirksjugendtag soll zwar nicht in der Weltstadt Köln, sondern in der alten typischen Textilindustriestadt Bocholt stattfinden. Warum in Bocholt? Weil Bocholt Geburtsstätte und Vaterhaus unseres christlichen Textilarbeiterverbandes des Verbandsbezirkes ist und weil nunmehr das 30jährige Stiftungsfest nicht nur der Ortsgruppe Bocholt, sondern des westfälischen Verbandsbezirkes begangen werden soll.

Eine große Anzahl der Gründer, die von sich aus die Bewegung ins Leben gerufen haben, sind heute noch tatkräftige Mitglieder und stehen noch auf erstem Vorposten in unserer Ortsgruppe Bocholt. Ihnen soll an diesem Ehrentage ein Massenbesuch abgestattet werden.

An der Geburtsstätte des westfälischen Bezirks soll das Gelöbnis der Jugend für die Bewegung unseres Bezirkes bei dieser denkwürdigen Begebenheit niedergelegt werden.

Das soll geschehen nicht nur angesichts der Jugend, sondern im Rahmen eines großen, von dort veranstalteten, dieser historischen Tatsache würdigen Arbeitertages.

Bocholt ist die westfälische Textilstadt. Etwa 70 Textilwerke, von kleinerem Umfang bis zum 2000 Arbeiter umfassenden Riesenbetrieb, sind dort erstanden. Bocholt ist die Stadt der christlichen Arbeiterschaft und der christlichen Arbeiterbewegung. Die Früchte der Bocholter Gründung wurden der Wille von mehr als 26000 Verbandsmitgliedern im ganzen Bezirk. Doch nicht nur des Verbandsbezirkes; der Geist wurde von ehemaligen Vertretern der Bocholter Arbeiterschaft hinausgetragen weit in deutsche Lande. Wir können, ohne Namen zu nennen, sagen, daß diese Vertreter heute wirken sowohl als erste Vertreter unserer Gesamtbewegung wie auch als jüngster Angestellter unserer Bewegung.

So rufen wir denn hiermit die christlich-organisierte Textilarbeiterjugend Westfalens auf zu diesem Ehrenbesuch an diesem Ehrentage des westfälischen Verbandsbezirkes. Möge ein Weiteifer für die Propagierung dieser Kundgebung einsetzen, der würdig ist des großen und segensreichen Arbeitergedankens und der Arbeitertat von Bocholt.

Wenn zwei dasselbe tun —

Wir sitzen am Arbeitsgericht in O. Um 4 Uhr soll unser Termin sein. Die Entlassungsklage eines Betriebsratskandidaten dauert 1¼ Stunden. Endlich ist diese Sache erledigt. Hoffnung bei uns: „Jetzt kommen wir dran." — Fehlschlag. Vor uns kommt noch ein junger Mann, 23 bis 24 Jahre alt. Er war krank. Während der Krankheit bekommt er die Kündigung. Frischweg geht er um Arbeitsgericht. Der Vorsitzende macht ihn aufmerksam: „Sie mußten zuerst den Arbeiterrat anrufen, das haben Sie nicht getan. Die Frist ist jetzt verstrichen. Ziehen Sie die Klage zurück, sonst machen Sie sich unnütze Kosten." Der junge Mann erwiderte: „Ich war krank, wußte auch nicht, ob ein neuer Arbeiterrat schon gewählt war. Ich kenne das Gesetz nicht."

Der Arbeitsgerichtsvorsitzende klärt den jungen Mann dahingehend auf, daß er trotz seiner Krankheit die Einspruchsfrist wahren müsse. Auch sei es seine Pflicht, Erkundigungen einzuziehen, ob ein Arbeiterrat besteht und wer demselben angehört. Vor allen Dingen sei es seine Pflicht, die Gesetze kennen zu lernen, damit er sich vor Schaden hüten könne. Dazu gebe es genügend Gelegenheit, z. B. die Gewerkschaften. Darauf der junge Mann: „Ich war mal in der Gewerkschaft, aber jetzt nicht mehr." Nach vielem Hin und Her ließ er sich von der Nutzlosigkeit seiner Klage überzeugen und brummend über seine Mitwelt, die solch dumme Gesetze geschaffen, zog er von dannen. — Ein Opfer seiner Dummheit, Interesselosigkeit und Gewerkschaftsfaulheit.

Dann kamen wir an die Reihe. Der Kündigungsgrund fast derselbe. Nur ein Unterschied: unser Kollege war im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands organisiert und hatte dessen Beistand. Schon als die Mitteilung seiner Kündigung zu unserem Büro gelangte, wurde dafür Sorge getragen, daß die Einspruchsfristen gemäß der §§ 84—86 des Betriebsrätegesetzes gewahrt wurden. Der Erfolg war, daß das Urteil zu Gunsten des Kollegen ausfiel. Im Güteverfahren wurde mit Rücktrittsrecht vereinbart, daß der Beklagte an den Kläger 25,— M. zahlen solle. Der Beklagte verlangte ein Urteil, und dieses sprach dem Kläger dann laut § 87 Wiedereinstellung oder Zahlung von 35,32 M. zu. Kläger erhält somit einschließlich der Ferien die Summe von 73,85 M.

Aus diesen beiden Gerichtsverhandlungen kann jeder Arbeiter lernen. Nicht organisiert sein bedeutet die Gefahr der Schädigung und geistigen Trägheit. Organisiert sein heißt Hilfe und Aufklärung. pb.

Schönes Feriengeld

Schönes Feriengeld hat ein Krefelder Kollege dadurch erreicht, daß er seine Altersrente in unserem Krefelder Sekretariat nachprüfen ließ. Die monatliche Rente, die der Kollege erhielt, betrug M. 40,—. Der richtige Betrag war jedoch M. 50,70. Diese Rente wurde dem Kollegen jetzt zugesprochen, und außerdem erhielt er eine Nachzahlung in Höhe von M. 344,45 für die zurückliegende Zeit. Da wir in der Krefelder Industrie vor den Arbeiterferien stehen, kommt diese Zuweisung gerade recht.

Alle unsere Kolleginnen und Kollegen, soweit sie Rentenempfänger irgend einer Art sind, sollten bei Unklarheiten über ihre Rentenberechnung diese in unserer Geschäftsstelle nachprüfen lassen, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben. Die Nachprüfung erfolgt gerne und natürlich kostenlos.

Rationalisierung in der Textilindustrie

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit veröffentlicht in den R.-W.-K.-Nachrichten die Berichte über festgestellte Ergebnisse der Rationalisierung in Textilbetrieben. Ohne zu den Berichten selbst Stellung zu nehmen, bringen wir nachstehend eine Anzahl besonders beachtlicher Berichte aus den amtlichen Mitteilungen

Der Gedanke der Fließfertigung fand seine Verwirklichung in der Lumpenverleserei einer Kunstwollefabrik. Diese hat ein laufendes Band eingeführt, an dem bestimmte Arbeiterinnen immer nur die Lumpen einer bestimmten Farbe auslesen und gesondert in Körbe sammeln. Das elektrisch angetriebene Band läuft gewöhnlich etwa zwei Meter in der Minute, sein Gang kann aber nach Bedarf beschleunigt oder verlangsamt werden. Die Arbeitsersparnis soll 25 v. H. betragen, so daß je drei Verleserinnen am Bande je vier der früher an Verlesetischen arbeitenden Frauen ersetzen.

Auch eine Filzwarenfabrik, in der etwa 250 Arbeiter beschäftigt werden, hat Fließarbeit eingeführt. Der Arbeitsgang ist so, daß der Arbeiter am unbeweglichen Arbeitstisch sitzt und hinter dem Arbeitstisch ein Transportband läuft. Das Band dient dazu, dem Arbeiter das Arbeitsstück zuzuführen und seine fertige Arbeit weiterzuleiten. Die Umstellung des Betriebes auf Fließarbeit ist erst um die Mitte des Berichtsjahres begonnen worden und noch in voller Entwicklung. Ueber ihre Auswirkung lassen sich daher irgendwelche abschließenden Mitteilungen noch nicht machen.

Eine Wäschefabrik konnte durch Einführung der Fließarbeit in ihrer Oberhemdennäherei den Preis für eine bestimmte Oberhemdensorte von RM. 8,90 auf 4,90 senken.

Ein großer Textilbetrieb hat in einem Teil seiner Weberei den Uebergang vom Zwei- zum Vierstuhlsystem dadurch ermöglicht, daß an den Webstühlen automatische Schützenwechsler und Kettfadenwächter eingebaut worden sind, eine Maßnahme, die den Webern die intensive Beobachtung auf Fadenbrüche und das Auswechseln der Schützen abgenommen und somit die Bedienung der Stühle wesentlich erleichtert hat.

In der Lauban er Taschentuchindustrie hat das Vierstuhlsystem weitere Fortschritte gemacht. Die Webstühle werden in immer größerem Umfange durch Einzelmotoren angetrieben. Durch den Fortfall der Transmissionen wird eine bessere Raumbelichtung erreicht, die Uebersichtlichkeit des Betriebes gehoben und die Staubgefahr vermindert.

Eine Flachsgarnspinnerei und -weberei hat eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Die Gesamtkraftanlage, die früher aus 13 Dampfkesseln und 3 Dampfmaschinen bestand, enthält jetzt nur noch einen Hochdruckkessel (25 Atm.) und eine Dampfmaschine. In der Spinnerei werden weitgehend Hechelmaschinen mit angebauter selbsttätiger Auflegemaschine verwendet; die Spinnmaschinen haben selbsttätige Abziehvorrichtung erhalten. Neue Kreuzspulmaschinen mit weicher Wicklung bezwecken, das naß gesponnene Garn unmittelbar auf Kreuzspulen zu winden, um so den Zwischenprozeß des Haspelns zu vermeiden. In der Weberei ist der Putzmaschinenpark erweitert worden, wodurch die Handarbeit eingeschränkt, eine bequemere Arbeitsweise der Putzerinnen, die zum Teil sitzend arbeiten, und eine höhere Leistung erreicht worden ist.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Geschichte des Leinens

(Schluß.)

Die sächsische Leinenindustrie erhielt im Beginn des 17. Jahrhunderts einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerb in Schlesien, das schon zu jenem Zeitpunkt als ein bedeutendes Leinenerzeugungsland galt und seine Waren durch englische und holländische Kaufleute auch nach entfernteren Erdteilen ausführte. Der Ruf des schlesischen Leinens wurde in jener Epoche durch das sogenannte Hirschberger Schleierleinen begründet, das seit dem 17. Jahrhundert in Hirschberg hergestellt wurde und einen der beliebtesten Ausfuhrartikel der damaligen schlesischen Leinen-Industrie darstellte. Nach der Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen, versuchte dieser auch die Leinendamastweberei, wie sie in Sachsen schon lange bekannt war, in Schlesien einzuführen. Er siedelte zu diesem Zweck eine größere Anzahl von Damastweberfamilien, die aus Sachsen stammten, in den Bergtälern des Riesengebirges an. Wenngleich die schlesische Leinendamastweberei für die ältere sächsische Damastweberei nie zu einer ernsthaften, wirtschaftlichen Gefahr wurde, so war doch in künstlerischer Hinsicht die schlesische Damastweberei der sächsischen durchaus gleichzustellen, wovon die noch heute erhaltenen schlesischen Damaste jener Epoche beredtes Zeugnis ablegen.

Einen interessanten Einblick in die früheren wirtschaftlichen Verhältnisse der Leinenweberei gewähren auch die vielfach vorhandenen alten Zunftordnungen. Aus einer solchen alten Zunftordnung der Leinenweberei zu Halle, Neumarkt und Glaucha vom Jahre 1860 können wir unter anderem folgendes entnehmen. Die Ausübung der Leinenweberei war nur den Zunftgenossen gestattet; doch wurde dem Adel insofern ein gewisses Sonderprivileg zugesprochen, als er das Recht hatte, das für eigenen Gebrauch bestimmte Leinen durch angestellte Leinweber herstellen zu lassen, die nicht der Zunft angehörten. Auch die Kirchendiener hatten eigenartiger Weise das Vorrecht, sofern sie von ihrem eigentlichen Berufe nicht leben konnten, Leinen herzustellen. In allen anderen Fällen stand es den zünftigen Leinwebern frei, den nicht zur Innung gehörenden Weber dem Gericht zu überantworten und dementsprechende Bestrafung zu beantragen. Wer den Beruf eines Leinwebers ergreifen wollte, mußte zunächst seine ehrliche Geburt nachweisen und einen Gulden als einmaligen Beitrag an die Zunftkasse der Leinweber zahlen; die gleiche Summe war dann nach Ablauf der dreijährigen Lehrzeit noch einmal zu entrichten. Nach beendeter Lehrzeit mußten die Junggesellen zwei Jahre auf Wanderschaft gehen. Zur Erlangung der Meisterwürde verlangte man eine vierjährige Gesellentätigkeit und vier Meisterstücke, die gewöhnlich aus kunstvoll hergestellten Tischtüchern, Bettüchern und gewöhnlichen Leinentüchern bestanden. Wurde der Webergeselle zum Meister und damit auch zum Bürger der Stadt erklärt, so mußte er sechs Gulden in die Zunftlade zahlen und den ansässigen Leinwebermeistern ein Festessen geben. Der junge Meister unterstand in gewissen Beziehungen den älteren Meistern und hatte diesen Gehorsam zu leisten. Widersetzte sich ein jüngerer Meister seinen älteren Zunftgenossen oder geriet er mit diesen in Streit, so mußte er als Buße vier Pfund Wachs an die Leinweber-Zunft entrichten. Kam er dieser Aufforderung nicht nach, so hatte der Obermeister das Recht, ihn aus der Zunft auszustoßen und nötigenfalls den Gerichten zu überantworten. Die Zahl der von einem Meister gehaltenen Webstühle war beschränkt, und zwar durften sich nie mehr als drei Webstühle im Betrieb befinden; wurde diese Zahl überschritten, so mußte für jeden Einzelfall und für jeden Stuhl ein Taler Buße geleistet werden. So nimmt die Leinenweberei in der deutschen Gewerbegeschichte eine sehr rühmliche Stellung ein, hat sie doch in unserer Zeit den Aufstieg zu einem machtvollen Industriezweig vollzogen.

Dr. P. Marcell

Arbeiterschaft und deutsche Wirtschaftsnot!

Die beiden folgenden Vorträge unseres Verbandsvorsitzenden Hch. Fahrenbrach und des Vorsitzenden des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Imbusch wurden gehalten auf der Kundgebung der christlichen Gewerkschaften am 28. April in Essen.

Unter den heftigen Konjunkturschwankungen des letzten Jahrzehntes hatte und hat auch jetzt wieder die Industriearbeiterschaft schwer zu leiden. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit brachten erheblichen Verdienstausfall und damit für Hunderttausende von Arbeiterfamilien Entbehrungen und Not. Deshalb hat die organisierte Arbeiterschaft in erster Linie Veranlassung, den Ursachen der Wirtschaftsstörungen nachzuspüren, das Wirtschaftsgeschehen, die Wirtschaftsgestaltung und die neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung aufmerksam zu verfolgen, dieselbe in gesunde Bahnen zu leiten, denn eine günstige Wirtschaftsentwicklung ist Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft und des gesamten deutschen Volkes; sie ist gleichzeitig eine der ersten Voraussetzungen für die weitere Festigung und Sicherung unseres deutschen Volksstaates.

In letzter Zeit wird

die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus

lebhaft erörtert. Auch diese Krise hat m. E. ihre tiefste Ursache in der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung, in dem Uebergang von einer freien zu einer immer stärker gebundenen Wirtschaft. Deshalb ist auch diese Krise mit Aenderungen des Wahlrechts und der parlamentarischen Geschäftsordnungen allein nicht zu beheben. Je weiter die Bindung und Organisierung der Wirtschaft durch Konzerne, Truste, Kartelle und Verbände fortschreitet, um so mehr werden sich Regierungen und gesetzgebende Körperschaften mit Wirtschaftsfragen zu beschäftigen haben. Die Ueberwachung und Beeinflussung einer durch Organisationen stark gebundenen Wirtschaft, deren Förderung mit dem Ziel, die höchstmöglichste Wohlfahrt des gesamten Volkes herbeizuführen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung. Eine fortschreitende Gesundung und Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird auch das politische und parlamentarische Leben günstig beeinflussen. Je weiter die kollektive Wirtschaftsgestaltung fortschreitet, um so notwendiger ist aber auch ihre Demokratisierung. Die Arbeiterschaft muß einen stärkeren, mitbestimmenden Einfluß zu erlangen suchen und fordert deshalb die paritätische Gestaltung der Wirtschaftskammern, fordert einen einflußreichen Reichswirtschaftsrat und eine ausreichende Vertretung in den Parlamenten. Sie wird sich diesen Einfluß erarbeiten, erkämpfen müssen, wie wir dies in früheren Zeitepochen bei allen aufstrebenden, um Einfluß und Gleichberechtigung ringenden Ständen feststellen können.

Wir können uns heute nur mit einigen, z. Zt. brennendsten Fragen beschäftigen. Im Vordergrunde steht

das Reparationsproblem.

Die durch Krieg und Inflation ausgezehrte deutsche Wirtschaft soll nicht nur ein 60 Millionenvolk ernähren, sondern auch noch die gesamte Kriegsschuld der sogenannten Siegerstaaten an die Vereinigten Staaten von Nordamerika zahlen, und außerdem den Hauptanteil der Kosten des Wiederaufbaues im westlichen Kriegsgebiet tragen. Die Reparationen, sowie die Einfuhr sind in der Hauptsache zu zahlen mit dem Erlös aus den ausgeführten Erzeugnissen deutschen Gewerbefleißes. Die stark industriellen Gläubigerstaaten wehren sich mehr oder minder gegen die Einfuhr deutscher Waren: sie fürchten, daß durch diese Einfuhr die Produktivität ihrer eigenen Wirtschaft geschmälert wird.

Die östlichen Staaten mit überwiegender Agrarwirtschaft, die für unsere Industrieerzeugnisse gute Abnehmer sein könnten, sind zum Teil verarmt und nicht genügend kaufkräftig. Sie wollen zudem ihren Ueberschuß an Agrarprodukten bei uns absetzen und drücken deshalb bei Handelsvertragsverhandlungen auf unsere zum Schutz der heimischen Landwirtschaft notwendigen Zollsätze. Ohne unser Entgegenkommen gelingt der Abschluß von Handelsverträgen nicht. Unter dieser Konkurrenz leidet wiederum die deutsche Landwirtschaft und leidet unsere Handelsbilanz, beträgt doch die jährliche Einfuhr an Nahrungsmitteln zwischen 3—4 Milliarden Mark.

Der Spielraum für eine verbilligte Produktion in Industrie und in Landwirtschaft ist bei uns sehr eng. Wir müssen die wichtigsten industriellen Rohstoffe zu Weltmarktpreisen aus dem Auslande hereinholen. Bei gleichbleibender Reparations- und Steuerlast suchen die Unternehmer die Verbilligung der Produktion zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in erster Linie von der Lohnseite anzupacken. Zum Lohn rechne ich auch die Beiträge zur Sozialversicherung. Wir Arbeiter haben deshalb das größte Interesse an der Herabsetzung der Reparationszahlungen wie an einer erheblichen Senkung der Verwaltungskosten in Reich, Ländern und Gemeinden. Unternehmer und Arbeiter sollten im gemeinsamen Zusammenwirken diese Aufgaben einer guten Lösung zuführen. Geht die Belastung und damit die Steigerung der Lebenshaltungskosten weiter, so bleibt den Arbeitern kein anderer Weg, als durch eine aktive Lohnpolitik den Ausgleich herbeizuführen.

Die Ertragssteigerung der deutschen Wirtschaft

infolge der Rationalisierung ist unverkennbar. Das zeigen uns sowohl die Umsätze in Deutschland wie auch die Ausfuhr. Setzt man die versteuerten Inlandsumsätze im Jahresdurchschnitt 1925 = 100, so sehen wir eine fortgesetzte Steigerung bis auf 128 im Jahresdurchschnitt 1928. Im letzten Vierteljahr 1928 betrugen sie 136. Fast im gleichen Verhältnis stieg die Ausfuhr.

Leider hat die gesteigerte Produktivität nicht die von den Theoretikern vorausgesagte und allseitig erwartete Senkung der Preise gebracht. So stiegen vom ersten Quartal 1927 bis Dezember 1928

industrielle Rohstoffe und Halbwaren	von	129,5	auf 134,1
Produktionsmittel	„	129,1	„ 138,3
industrielle Fertigwaren	„	147,3	„ 158,5
Konsumgüter	„	151,3	„ 175,6

Der Baukostenindex stieg auf 173,0 der Lebenshaltungsindex zur Zeit auf über 156,5. In Wirklichkeit drückt die Ziffer des Lebenshaltungsindex nicht die tatsächliche Steigerung der Lebenshaltungskosten aus. Er berücksichtigt z. B. nicht den Mietpreis für Neubauwohnungen wie auch die tatsächliche Steigerung der Auslagen für Miete und Instandsetzung der Altwohnungen. Ebensowenig sind die Umstellungen in den Lebensgewohnheiten berücksichtigt.

Die Ursachen

für diese dem Fortschreiten und den Erfolgen der Rationalisierung entgegengesetzte Preisentwicklung liegen hauptsächlich

1. in der Hochtreibung und Hochhaltung der Preise durch Kartelle und Preiskonventionen. Wir zählen in Deutschland 2500 Kartelle und kartellähnliche Organisationen. Viele derselben können sich durch ihre Bürokratisierung und Schwerfälligkeit den wechselnden Verhältnissen und Bedürfnissen in den geschäftlichen Dispositionen wie in der Preisgestaltung nicht schnell genug anpassen. Die Kartelle sowie die Monopolunternehmungen sind zudem leicht geneigt, in Zeiten niedergehender Konjunktur die Lasten auf Abnehmer, Verbraucher und Arbeiter einseitig abzuwälzen. Bemerkenswert ist die Zusammenballung der Kapitalmacht in wenigen Aktiengesellschaften. Von den 12—13 000 Aktiengesellschaften verfügen z. B. 6 Prozent dieser Unternehmungen über mehr als 68 Prozent des Gesamtkapitals aller Aktiengesellschaften;

2. wirkt die Zinspolitik der Banken preissteigernd. Sie gaben zeitweise nur 3½ bis 4½ Prozent für Einlagegelder, forderten dagegen 8 bis 11 Prozent;

3. hat das Hereinfluten von 13 bis 14 Milliarden Mark Auslandskapital in Form von kurz- und langfristigen Anleihen vorübergehend eine starke Steigerung der Kaufkraft bewirkt. Sie brachten nicht nur die erwünschte aufsteigende Beschäftigung, wirkten sich vielmehr auch preissteigernd aus;

Der Lebensmittelverbrauch in Deutschland vor und nach dem Kriege.

Der Konsum wichtiger Lebens- und Genußmittel in Deutschland je Kopf der Bevölkerung ist gegenüber dem normalen Bedarf im letzten Vorkriegsjahre erheblich abgefallen. Eine Ausnahme bildet lediglich der gestiegene Verbrauch von Zucker, Kakao und Südfrüchten. Die scheinbare Zunahme der Fleischverbrauchsziffern von 49,49 Kg. im Jahre 1913 auf 49,89 Kg. je Kopf im Jahre 1927 ist bis zu einem hohen Grade eine Folge von Verschiebungen im Aufbau der deutschen Bevölkerung. Würde man die verbrauchten Fleischmengen nur auf die Zahl der Erwachsenen umlegen, so würde sich ergeben, daß der Vorkriegsstand noch nicht erreicht ist.

4. erfolgte bei der Flucht in die Sachwerte während der Inflationszeit vielfach eine Neuerstellung und Armierung von Betrieben in einem übergroßen Umfange. Die Verzinsung des zu großen Produktionsapparates mußte sich in den Preisen auswirken. Ein gleiches gilt für die durch Zusammenfassung von Unternehmungen erfolgte Stillegung an sich rentabel arbeitender Betriebe und die überreichliche Versorgung der früheren Besitzer.

Es führt zu weit, alle verteuernd wirkenden Faktoren aufzuführen. Hinweisen möchte ich nochmals auf die Zollgesetzgebung, auf unsere viel zu teure Verwaltung in Reich, Ländern und Kommunen und eine teilweise Verschwendung öffentlicher Gelder, sowie auf die von Jahr zu Jahr gestiegenen Reparationslasten.

Wir sehen, wo in der Hauptsache Eingriffe notwendig sind, um eine Verbilligung der Erzeugnisse und eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit herbeizuführen.

Wenn trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten die Produktivität der Industrie seit 1924 erheblich gesteigert werden konnte, wenn es uns gelungen ist, insbesondere die Ausfuhr an Fertigfabrikaten fortschreitend zu erhöhen, so zeigt uns dies trotz wiederholter Rückschläge einen erfreulichen Gesundungsprozeß unserer Wirtschaft. Diesen weiter zu fördern, muß unser Bestreben sein. Ein Rückgang der Konjunktur in einigen Industrien darf nicht zu übertriebenem Pessimismus führen.

Die derzeitige Lage unserer Industriewirtschaft ist nicht einheitlich. In einigen Zweigen haben wir eine günstige Beschäftigung zu verzeichnen, während insbesondere die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie unter Preisdruck, Absatzmangel und Arbeitslosigkeit, trotz teilweiser Steigerung der Ausfuhr, schwer leidet. Die gesunkene Kaufkraft breiter Schichten des schaffenden Volkes in Industrie und Landwirtschaft ist die Hauptursache für diese Krisenerscheinung. Deshalb wird der Hebung der Kaufkraft der breiten Verbraucherschichten unsere Hauptsorge zuzuwenden sein.

Die Lage der Landwirtschaft

ist seit einigen Jahren außerordentlich schwierig. Einige Zahlen mögen die Bedeutung der Landwirtschaft für unser gesamtes Wirtschafts- und Volksleben beleuchten. Trotzdem wir in verhältnismäßig kurzer Zeit von einem Agrarstaat zu einem überwiegenden Industriestaat geworden sind, entfallen immer noch 23 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung auf die Landwirtschaft. Ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung beträgt mehr als 30 Prozent. Der Jahresbruttowert der landwirtschaftlichen Erzeugung im Durchschnitt der Jahre 1924—27 wird auf rund 13 Milliarden Reichsmark, der Nettowert auf 10 Milliarden vom Institut für Konjunkturforschung angegeben. Hierbei ist der Bruttowert errechnet nach den Preisen, die der Erzeuger erhält. Allein der Wert der deutschen Milchproduktion wird gegenwärtig auf 3½ Milliarden Reichsmark geschätzt. Er beträgt mithin fast das doppelte der Steinkohlenproduktion und das vierfache der Roheisenproduktion. Der Bruttowert der gesamten industriellen Produktion beträgt etwa 30 Milliarden, der Nettowert 23,5 Milliarden Reichsmark. Eine blühende Landwirtschaft ist eine der ersten Voraussetzungen für eine gesteigerte Absatzmöglichkeit der meisten industriellen Erzeugnisse. Schon aus diesem Grunde hat die Arbeiterschaft das denkbar größte Interesse an einer baldigen Ueberwindung der Agrarkrise.

Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß nur in Deutschland die Landwirtschaft schwer leidet. Wir haben eine Weltagrarkrise. Sie zeigt sich im allgemeinen in der großen Spanne zwischen den Preisen, die der Landwirt für seine Erzeugnisse erhält und den Preisen, die er für Betriebs- und Verbrauchsmittel zahlen muß. Die internationale Argrarkommission hat in einer Anzahl von Ländern diesbezügliche Erhebungen angestellt. Demnach zeigt der Index für landwirtschaftliche Produkte im Vergleich zu 1913/14 eine Steigerung von 100 auf 135,5, für Betriebsausgaben auf 149 und für Bedarfsartikel auf 170. In Deutschland steht der Agrarindex auf 134 und der Index für industrielle Fertigwaren auf 157.

Die Hauptursachen der deutschen Agrarkrise

liegen darin, daß die laufenden Betriebseinnahmen nicht ausreichen, um die laufenden Betriebsaufwendungen einschließlich Zins- und Steuerbelastung zu decken. Durch diese mißlichen Verhältnisse hat die deutsche Landwirtschaft in den fünf Jahren seit der Stabilisierung der Währung eine neue Verschuldung von rund 7½ Milliarden Reichsmark erfahren. Vor dem Kriege war sie im Umfange des jetzigen deutschen Reichsgebietes um 13 Milliarden verschuldet. Zur Zeit beträgt die Gesamtverschuldung 11,5 Milliarden Reichsmark. Die derzeitige Verschuldung wirkt sich durch die hohe Zinsbelastung sehr viel ungünstiger als vor dem Kriege, da der Zinssatz für neuaufzunehmende Kredite etwa 10 Prozent beträgt. Bei dem langsamen Kapitalumschlag der Landwirtschaft hat eine solche Zinsbelastung ernste Folgen. Die aufgenommene Schuldenlast mußte zum großen Teil zur Deckung von Verlusten verwandt werden, und nur ein verhältnismäßig geringer Teil konnte Verwendung finden zur Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und damit zur Steigerung der Leistungsfähigkeit.

Wenn industrielle Unternehmen zusammenbrechen und Betriebe stillgelegt werden, läßt sich die Produktion unschwer von rationell und rentabel arbeitenden Unternehmungen der gleichen Branche übernehmen. Bei landwirtschaftlichen Betrieben ist dies jedoch unmöglich. Deshalb muß sich ein Zusammenbruch landwirtschaftlicher Unternehmungen in großem Umfange [illegible] unheilvoll für die Gesamtwirtschaft auswirken.

An der

Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft

und eines lebensfähigen Bauernstandes haben wir nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern ebenso sehr aus bevölkerungs- und allgemeinpolitischen Erwägungen größtes Interesse. Zur Sicherung unserer Ostgrenze ist eine dichte Besiedlung mit lebensfähigen Bauernhöfen, auf der ein gesundes Bauerntum heranwachsen kann, sehr viel wertvoller, als der Bau von Panzerschiffen.

Vom Lande ist in den letzten 50 Jahren ein starker Volksstrom der Industrie und den Städten zugeflossen. 27 Prozent der Reichsbevölkerung wohnt in den 45 Großstädten; mit anderen Worten, jeder vierte Deutsche lebt in einer Großstadt. Diese Entwicklung hat zu ungesunden Verhältnissen geführt, insbesondere zu einem beklagenswerten Geburtenrückgang. In den Großstädten geht die Bevölkerungsbewegung nicht aufwärts, sondern abwärts. Berlin marschiert mit der Geburtenbeschränkung an der Spitze. Dort entfallen auf 1000 Einwohner nur 9,9 Gebuten, während 19 erforderlich sind, um nur den derzeitigen Bevölkerungsstand zu erhalten. Kein Land Europas weist nach dem Weltkriege einen solch verheerenden Geburtenrückgang auf wie Deutschland. Von allen Ländern Europas ist in Deutschland die Fortpflanzung am geringsten. Es dürfte dies in der Hauptsache auf die Notlage zurückzuführen sein, in die das deutsche Volk durch Krieg, Inflation und Reparationsleistungen gekommen ist. Da wir auf dem Lande immer noch einen erheblichen Geburtenüberschuß haben, müssen schon zur Erhaltung unseres Volkes und der Existenzsicherheit des Reiches alle geeigneten erfolgversprechenden Mittel angewandt werden, um die deutsche Landwirtschaft lebensfähig zu gestalten und ihr eine ausreichende Bezahlung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu ermöglichen.

Um die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen, haben die Führer der großen landwirtschaftlichen Organisationen ein

Agrarprogramm

aufgestellt, das die Einführung einer weitgehenden Zwangswirtschaft für die wichtigsten Agrarprodukte erstrebt. Durch Einfuhrmonopole und einen lückenlosen Zolltarif soll eine Preishöhe erzielt und gehalten werden, die eine gute Rentabilität sichert. Bisher gehörte die Landwirtschaft zu den schärfsten Gegnern der Zwangswirtschaft und kommt deshalb der plötzliche Gesinnungswechsel sehr überraschend. Leider ist das ganze Agrarprogramm nur auf Staatshilfe abgestellt und läßt die unbedingt notwendigen Maßnahmen für Selbsthülfe gänzlich außer acht.

Das soll die christlichen Arbeiter und ihre Führer nicht abhalten, in eine aufmerksame Prüfung der Vorschläge einzutreten.

Eins werden die Vertreter der Landwirtschaft nicht übersehen dürfen:

Ohne oder gar gegen die christlichen Arbeiter und ihre Vertreter im Reichstag sind ausreichende staatliche Hülfsmaßnahmen nicht zu erreichen.

Die christliche Arbeiterschaft darf wohl erwarten, daß die Landwirtschaft für die Nöten und Wünsche der Arbeiter das gleiche Verständnis aufbringt, das sie von uns für ihre Sorgen und Forderungen erwartet. Solange maßgebende Vertreter der Landwirtschaft ihre Hauptaufgaben in der Herabsetzung und Bekämpfung unseres Volksstaates, des parlamentarischen Regie-

ungssystems sowie der ganzen staatlichen Sozialpolitik erblicken und einer Drosselung der Löhne der Industriearbeiter das Wort geben, solange sie für die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung kein Verständnis aufbringen und gelbe Gewerkschaften wie politisch reaktionäre Organisationen fördern und auch finanziell unterstützen, ist ein erfolgversprechendes Zusammenwirken unmöglich. Diese Vertreter der politischen und sozialen Reaktion mögen einmal versuchen, mit Hilfe der Gelben und der reaktionären Kampfverbände die Agrarkrise zu begeben.

Leider fehlt die Zeit, um auf das Agrarprogramm näher einzugehen. Es ist deshalb eine Beschränkung auf einige grundsätzliche Ausführungen geboten.

Ein lückenloser Zolltarif mit den geforderten hohen Zollsätzen ist abzulehnen, und zwar hauptsächlich, weil

1. nicht die gesamte Landwirtschaft unrentabel ist und nicht alle Agrarprodukte des geforderten Zollschutzes bedürfen,
2. der Abschluß günstiger Handelsverträge und damit die unbedingt notwendige Exportsteigerung, insbesondere für unsere industriellen Fertigerzeugnisse, unmöglich wird
3. eine erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten ohne eine entsprechende, zur Zeit jedoch unmögliche Steigerung des Lohneinkommens für die breiten Verbraucherschichten untragbar ist, sationen ein,
4. eine monopolistische Preisgestaltung und Rentabilitätsgarantie, das Streben, durch Selbsthülfe und die fortschreitende Anwendung produktivfördernder Methoden und Einrichtungen, die Erträgnisse zu steigern, zurückhält. Nur der strebsame, tüchtige Landwirt hat Anspruch auf Hülfe und ein ausreichendes Einkommen.

Vom Schutzzoll ist nicht alles Heil zu erwarten. Heute schon wird die Lebenshaltung durch die Zölle für Lebensmittel erheblich verteuert. Denn von den 1,2 Milliarden Mark Zolleinnahmen entfällt ungefähr die Hälfte auf notwendige Lebensmittel. Wir sind unbedingt Anhänger einer Verminderung der Einfuhr an Lebensmitteln, die unsere deutsche Landwirtschaft bei einer zweckmäßigen Agrarpolitik selbst produzieren kann. Staatshilfe und Selbsthilfe müssen zusammenwirken zur Erreichung dieses Zieles.

Ein Vergleich der Preise,

die der Landwirt für seine Erzeugnisse erhält und die der Verbraucher zahlen muß, zeigt schon recht deutlich, daß die erheblichen Spannen wesentlich gekürzt und dem Landwirt erhöhte Einnahmen gesichert werden können durch eine gute Absatzorganisation. Wir führen z. B. drei Milliarden Eier aus dem Auslande ein. Die Landwirtschaft verlangt eine Verfünffachung des Zollsatzes. Bei einer guten Geflügelzucht kann die Legeergiebigkeit der Hühner bei uns erheblich gesteigert und in Verbindung mit einer guten Absatzorganisation die Einfuhr auch ohne jede Zollerhöhung ferngehalten werden. Ein gleiches gilt für die Molkereierzeugnisse. Hier kann die deutsche Landwirtschaft insbesondere von Dänemark lernen, wo die Kuh nur als Abfallprodukt billig verkauft und zum Teil auf den deutschen Markt gebracht wird. Die Schweine- und insbesondere die Fleischpreise sind bei uns hoch genug und ist die Schweinezucht rentabel. Eine weitere Verteuerung insbesondere der billigen Fleischsorten zwingt die ärmeren Verbraucherschichten zur Einschränkung des Fleischgenusses. Damit ist der Landwirtschaft nicht gedient. Eine richtige Relation der Zölle für Vieh und Fleisch ist notwendig. Vor allem sind geeignete Maßnahmen zu treffen, die den Landwirt davor bewahren, kurz nach der Ernte zu Verlustpreisen verkaufen zu müssen, während stets nach einigen Monaten die Preise für das Getreide erheblich steigen, wenn es sich in Händen des Großhandels und des Mühlengewerbes befindet. Auf eine Verringerung der Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis ist insbesondere durch enge Verbindung der Genossenschaften hinzuwirken. Von entscheidender Bedeutung für die Landwirtschaft wie für die gesamte deutsche Wirtschaft ist, wie bereits bemerkt, eine wesentliche Zinsverbilligung sowie eine Senkung der Steuerlasten.

Wir Arbeiter sind gerne bereit, alle vernünftigen Vorschläge zu prüfen und für alle geeignet erscheinenden Maßnahmen einzutreten, die die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herstellen, ohne daß andere Zweige der Wirtschaft sowie die breiten Verbraucherschichten dadurch erheblich geschädigt werden.

Deutsche Wirtschaft ist Deutschlands Schicksal

Dieses Wort Walther Rathenaus wollen wir recht verstehen lernen. Ohne eine ertragreiche Wirtschaft ist auch ein materieller und kultureller Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft und des Gesamtvolkes nicht möglich. Wie bereits dargelegt, haben besonders die steigenden Reparations-, Zins- und Steuerlasten die Wirtschaftsentwicklung gehemmt und die Früchte des deutschen Fleißes in hohem Maße den Gläubigerstaaten zugeführt. Loyd Georges hat einmal ausgeführt: „Wie lange wird es dauern, bis die deutschen Arbeiter merken, daß sie die Leidtragenden sind." Wir haben es schon sehr lange zu fühlen bekommen durch Lohndruck, hohe direkte und indirekte Steuern und eine sehr teuere Lebenshaltung. Die Reparationen, Renten und sonstige durch den Kriegsverlust und die Inflation notwendigen Jahresausgaben betragen durchschnittlich für eine fünfköpfige Familie etwa 500,— Mark. Die Reparationszahlungen auf ein tragbares Maß zu senken, war die eigentliche Aufgabe des Sachverständigenausschusses, der nun schon viele Wochen in Paris weilt. Unsere Hoffnungen begannen zu schwinden, als die Sachverständigen nicht mehr die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern die Regelung der Schuldverpflichtungen an Amerika und die übermäßigen Forderungen der Siegerstaaten als Maßstab für die Reparationszahlungen anwandten, als politische Gesichtspunkte die Vorschläge diktierten und nicht mehr die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese wird weit überschätzt, auch in den Berichten von Parker Gilbert. Leider hat ihm die deutsche Unternehmerpresse mit ihren fortgesetzten Klagen über

die hohen Arbeiterlöhne und Soziallasten

die Stichworte gegeben. Um die Lohnsteigerungen der letzten Jahre als übermäßig erscheinen zu lassen, wird als Ausgangspunkt der Berechnung der Tiefstand von 1924 genommen, wo nach Ueberwindung der Inflation das Lohneinkommen nicht einmal ausreichte zur Beschaffung der notwendigen Lebensmittel. Ueber die tatsächliche Lohnhöhe geben folgende Zahlen einen bemerkenswerten Aufschluß: über 70 Prozent aller gegen Invalidität Versicherten hatten einen Wochenlohn unter 36,— M., zwei Drittel der 8½ Millionen Mitglieder der Angestelltenversicherung zahlen Beiträge der Gehaltsstufen unter 200,— M. monatlich. Im Bergbau liegt der Hauerlohn 12,4 Prozent, der Lohn der übrigen Arbeiter 8,8 Prozent unter dem Friedensreallohn. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben die Schmälerung des Lohneinkommens durch häufige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit infolge der häufigen und starken Konjunkturschwankungen. Bei solchen Lohnverhältnissen müssen sich weiteste Arbeiterschichten große Entbehrungen auferlegen.

Den deutschen Arbeitern ist selbst im Versailler Friedensdiktat das Recht einer Lebenshaltung zuerkannt worden, die nicht unter derjenigen der Arbeiterschaft benachbarter Industrieländer liegen soll. Wir fordern deshalb mit aller Entschiedenheit Verringerung der Reparationslasten auf ein tragbares Maß, fordern die Festsetzung der Endsumme, fordern einen ausreichenden Transfer-Schutz zur Sicherung unserer Währung, fordern die Befreiung der Eisenbahn von den Reparationsverpflichtungen, damit wir den Verkehr nach den Bedürfnissen unserer Wirtschaft gestalten können, fordern, daß der sogen. Wohlstandsindex fällt, der eine Erhöhung der Leistungen ermöglicht, fordern den Abbau der Zollmauern und sonstigen Absperrmaßnahmen in den Gläubigerstaaten, die die Ausfuhr deutscher Fertigwaren fast unmöglich machen. Ohne entsprechende Ausfuhrmöglichkeiten können Reparationsverpflichtungen nicht übernommen werden.

Wir Arbeiter wollen nicht Lohnsklaven des Banken- und Industriekapitals der Gläubigerstaaten sein.

Wir richten unsern Appell an die Arbeiterschaft dieser Gläubigerstaaten zur Unterstützung unserer berechtigten Forderungen. Je höher die deutschen Zahlungsverpflichtungen sind, umso mehr muß die Ausfuhr an Industrieerzeugnissen gesteigert werden, umso mehr bekommen die Arbeiter der industriellen Gläubigerstaaten die deutsche Konkurrenz durch Preis- und Lohndruck zu fühlen.

Wir richten einen Appell an alle deutschen Volksgenossen, in diesen schweren Notzeiten über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg sich gegenseitig die Hand zu reichen zur Behebung der Wirtschafts- und Volksnot. Nicht in gegenseitiger Bekämpfung, sondern nur in gutem Zusammenwirken aller Schaffenden ist die deutsche Wirtschaft wieder zur Blüte und das deutsche Volk zur Weltgeltung zu bringen. Unser Streben soll gerichtet sein, eine Wirtschaftsgesundung und eine von sittlichen Grundsätzen getragene, sinnvolle Wirtschaftsordnung herbeizuführen, die dem Wohle der Allgemeinheit dient und nicht geleitet wird von maßlosem Gewinnstreben. Ebenso soll unsere Gesellschaftsordnung abgestellt sein den aufstrebenden Schichten Raum zu geben zur Betätigungsfreiheit im Dienste des Gesamtvolkes.

Der Gleichberechtigung der aufstrebenden Arbeiterschaft im Wirtschafts-, Staats-, Gesellschafts- und Kulturleben, der Wohlfahrt des gesamten Volkes und der Freiheit unseres deutschen Vaterlandes soll unser Streben und Wirken gelten. Deshalb schließt die Reihen!

*

Anschließend an dieses Referat sprach der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, Imbusch, über

Staat und Wirtschaft

Die Ansichten über die Aufgaben des Staates gehen weit auseinander. Viele fordern Freiheit für die Wirtschaft und Niederhaltung der Arbeitnehmer, damit man sie gut ausbeuten kann. Die Staatshilfe für die Arbeitnehmer bekämpft man als Eingriffe des Staates in die Wirtschaft. Doch läßt man sich die Hilfe des Staates selbst gern gefallen. Oft kann man gar nicht genug nach der Hilfe des Staates rufen. Der Staat muß die Interessen der Gesamtheit fördern. Er muß auch verhindern, daß die „Wirtschaft" die Interessen der Gesamtheit verletzt. Der Staat muß sich klar darüber sein, daß das Wohl des Staates im Wohl des Gesamtvolkes, also auch im Wohl der unteren Volksschichten wurzelt.

Das deutsche Volk hat ganz besondere Ursache, zusammenzuhalten. Da aber in Deutschland die Gegensätze ganz besonders scharf und groß sind, so muß sich der Staat doppelt bemühen, für den richtigen Ausgleich und den gesunden Frieden zu sorgen. Die Riesenunternehmungen bedingen infolge ihrer großen Bedeutung ganz besondere Aufmerksamkeit. Von den Leitern dieser Werke muß verlangt werden, daß sie den Gesamtinteressen des Volkes gerecht werden.

Der Protest gegen die Reparationslasten

kann gar nicht laut genug sein. Deutschlands Wirtschaft ist durch die Reparationslasten besonders belastet. Das hat natürlich seine Rückwirkungen. Wir müssen wünschen, daß die Reparationsverhandlungen für uns gut verlaufen. Wir müssen von unseren Vertretern verlangen, daß sie nicht zu viel an Lasten übernehmen. Schließlich richten sich zu starke Lasten auch gegen die Wohlfahrt der Gläubigerstaaten. Der Gedanke maßgebender Vertreter der Siegerstaaten: Je schlechter es den Deutschen geht, um so besser geht es uns, ist irrig, sehr irrig. Die Völker müssen miteinander, nicht gegeneinander arbeiten.

Soweit wir Reparationslasten tragen müssen, sind sie nach dem Maße der Tragfähigkeit zu verteilen. Gegen die Absicht, den unteren Volksmassen die gesamten Lasten aufzubürden, widersetzen wir uns. Gewisse Kreise suchen teils offen, teils heimlich Stimmung für die eigene Entlastung, aber für die Belastung anderer zu machen. Dieses geschieht vor allem durch Irreführung der öffentlichen Meinung auf dem Wege über die Presse. Denn auf den Arbeitgeberbüros fehlt es nicht an schreib- und gesinnungstüchtigen Herren. Auch die Arbeit einer gewissen Schar wissenschaftlicher Mitarbeiter ist heute sehr genau vor der Urteilsbildung zu prüfen. Zeitungen, die Wert auf eine gute, objektive Berichterstattung legen, müssen sich auch diese „neutralen" Leute genau ansehen.

Natürlich kostet der Kampf gegen die gerechten Belange der Arbeiter den Arbeitgeber sehr viel Geld. **Er wird mit dem Ertrag finanziert, den die Arbeiter schwer verdienen. So erhalten die unproduktiven Hetzer gegen die Arbeiter das Geld, was diesen gebührt.**

Nach der Verfassung haben wir einen sozialen Staat. Der notwendige soziale Inhalt soll aber einem reaktionären Inhalt weichen. So wird heute von gewissen Kreisen grundsätzlich gegen die gesamte Arbeiterbewegung und deren Bestrebungen angekämpft. Als es darum ging, die Verwaltungskosten zu ermäßigen, da ließen sie uns allein. Aber um den Lohn zu drücken, entfaltet man ganz gewaltige Energien. Dabei vergißt man auf der ganzen Linie, bis tief in den Mittelstand hinein, daß eine gut entlohnte Arbeitnehmerschaft das stärkste Rückgrat der Wirtschaft ist.

Die Lohnfrage

Mit Wochenlöhnen von 20 bis 35 RM. kann unter den heutigen Teuerungsverhältnissen keine Familie menschenwürdig leben. Das Gros der deutschen Arbeiter verdient aber nicht mehr. Die Löhne müssen, so sagt man, niedrig gehalten werden, um mit dem Auslande konkurrieren zu können. In anderen Fällen denkt man nicht ans Sparen. Man sieht es jetzt wieder bei der Eisenbahn. Man gab den höheren Beamten, die Einkommen von zum Teil über 1000 RM und weit mehr hatten, ohne Widerrede bedeutende Erhöhungen. Jetzt, wo die Eisenbahner mit Hungerlöhnen einige Groschen mehr fordern, kann man nicht scharf genug dagegen angehen. Arbeiter mit Hungerlöhnen sind nicht leistungsfähig. Sie sind auch Konsumenten. Die Wirtschaft muß sich auf einen guten Innenmarkt stützen. Viele haben heute keine Arbeit, weil andere nicht kaufkräftig sind. Die Unternehmer sollten mit den Arbeitern für gute Löhne eintreten.

Leider haben wir auch noch immer eine Unterschätzung der produktiven Arbeit und eine Ueberschätzung der Verwaltungsarbeit. Je weiter einer von der wirklichen produktiven Arbeit entfernt ist, um so besser ist er gestellt. Die Leute, die die schwerste Arbeit machen, stehen sich am schlechtesten. Das Rezept: niedrigere Löhne und lange Arbeitszeit ist sehr verderblich. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist ein so simples Mittel, daß es auch von anderen Ländern angewandt werden kann. Notwendig ist ein

ständiges Drängen der Arbeiterschaft nach kürzerer Arbeitszeit und guten Löhnen,

um die Unternehmer zu technischen Fortschritten zu zwingen.

Der Vorwurf, wir hätten kein Interesse an der Wirtschaft, ist unsinnig. Wir haben ein größeres Interesse an einem Gedeihen der Wirtschaft, als das Kapital. Wir sind auch keine Gegner des technischen Fortschritts. Aber wir sind der Auffassung, der technische Fortschritt muß dem Ganzen auch Nutzen und nicht nur Schaden bringen. Dieselbe Auffassung haben wir auch von der Rationalisierung. Häufig wird uns gesagt, die Rationalisierung muß sich erst noch auswirken. Der Rationalisierungserfolg für die Arbeiter muß aber bald kommen, sonst muß er erzwungen werden.

Scharf wandte sich der Redner dann gegen die Hetze wider die Sozialversicherung. Nachdem er weiter die Krankenversicherung gegen Vorwürfe in Schutz genommen, wandte er sich der Arbeitslosenversicherung zu. Arbeit ist besser als Unterstützung. Eine gute Verteilung der Arbeit ist notwendig. Dieses gilt auch für die Staatsaufträge. Es dürfen auch nicht Arbeiter zum Teil übermäßig lange beschäftigt werden, wenn andere arbeitslos sind. Eine gute Handelspolitik muß ein übriges tun. Darüber hinaus bleiben aber Arbeiter arbeitslos, trotz ihres Willens zur Arbeit. Man soll diese nicht gleich Faulenzer schimpfen. Es sind doch auch eine ganze Anzahl Akademiker arbeitslos. Man kann schließlich alle diese Leute nicht verhungern lassen. Mißstände lassen sich beseitigen. Unvollkommenes läßt sich vervollkommnen, aber an der Gesamtstruktur der Arbeitslosenversicherung darf nichts geändert werden. Das staatliche Schlichtungswesen ist ebenfalls unentbehrlich. Im Interesse der Allgemeinheit ist eine Entscheidung des Staates notwendig. Die Klagen der Unternehmer können nicht mehr ernst genommen werden. Die Hetze gegen die Arbeiter und der Widerstand gegen berechtigte Forderungen ist zum Teil auf das eigene Verschulden der Arbeiterschaft zurückzuführen. Die Arbeiter müssen mehr zusammenhalten, müssen sich besser organisieren. Und weil sie gegenwärtig noch so bescheiden sind, deshalb sind die anderen um so unbescheidener. Nur wenn wir fest zusammenstehen und Erfolge erzielen wollen, dann werden wir sie auch erreichen. Nur dann werden wir ein soziales Vaterland schaffen, in dem jeder sein gutes Auskommen hat.

Was die Arbeiterschaft bis heute erreicht hat, verdankt sie den Gewerkschaften. Wenn wir offen und ehrlich sind, müssen wir dies zugeben. Wir möchten dies betonen, weil gerade in den letzten Jahren, sowohl auf seiten der Arbeiterschaft als auch auf seiten der katholischen Gelehrtenschaft, so mancher Zweifler an der Gewerkschaftsarbeit entstanden ist. Die Gewerkschaften haben wohl manches erreicht, sagen sie, aber die Ueberwindung des liberalen und kapitalistischen Wirtschaftssystems ist ihnen dennoch nicht gelungen. Es ist allzuleicht, ein wundervolles Zukunftsbild an die Wand zu malen und gegen das liberale und kapitalistische Wirtschaftssystem zu hetzen. Was will man aber heute an seine Stelle setzen? Der Arbeiter verliert durch die einseitige Predigt von der radikalen Umänderung der Wirtschaftsordnung den Sinn für das, was praktisch erreicht werden kann. Der ewige Hinweis auf die radikale und gänzliche Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung erzieht nur Leute, die ewig das „Große" wollen und für die praktische Tagesarbeit keinen Sinn haben. Und doch hat die Tagesarbeit der Gewerkschaften das kapitalistische und liberale Wirtschaftssystem empfindlich getroffen und zu dessen allmählicher Beseitigung mehr beigetragen, als alle Aufstellung von schönen Zukunftsplänen.

Ein Gewerkschaftssekretär, der bei Lohnverhandlungen für die Besserung der Löhne sorgt, der beim Arbeitsgericht die Interessen des Arbeitnehmers vertritt, leistet mehr für die Arbeiterschaft, als die Plänemacher, die die Arbeiterschaft immer nur auf ein schönes Zukunftsland hinweisen, aber nie zum praktischen Handeln im Kleinen kommen.

(„Von den Gewerkschaften zu einer neuen wirtschaftlichen Ordnung." Kolpingsblatt Nr. 4.)

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Aus dem Tätigkeitsbericht vom 1. 10. 1927 bis 31. 12. 1928.

Die Reichsanstalt für A. V. und Ar. V. hat ihren ersten Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. Dezember 1928 herausgegeben. Der sehr umfangreiche Bericht gibt ein klares Bild über die vielseitige Tätigkeit, die die Reichsanstalt im ersten Jahre ihres Bestehens entfaltet hat. Wirtschaftlich gesehen, fällt die Berichtszeit in eine Zeit recht ungünstiger Arbeitsmarktentwicklung. Während das letzte Quartal 1927 noch einen recht günstigen Beschäftigungsgrad zeigte, ging die Beschäftigung im ersten Quartal 1928 langsam zurück, um im Laufe des Jahres immer stärker abzufallen.

Besonders deutlich zeigte sich diese Entwicklung im Spinnstoffgewerbe, wo sich eine ausgesprochene Depression bemerkbar machte. Die Indexziffer der Textilproduktion (Juli 1924 bis Juni 1926 = 100) bewegte sich im September 1928 auf einem Stande von ungefähr 97 v. H. und blieb hinter dem Durchschnittsstand von 1927 um etwa 17 v. H. zurück. In der Baumwollindustrie liefen im September 1928 nur 91 v. H. der vorhandenen Spindeln und 86 v. H. der vorhandenen Webstühle. In der Leinenindustrie waren nur 37 v. H. der Spindeln beschäftigt. Infolgedessen ist die Zahl der Vollbeschäftigten von 96 v. H. im Oktober 1927 auf 62,7 v. H. im September 1928 zurückgegangen. Im Oktober 1927 waren nur 2 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Dagegen im Dezember 1928 7,3 v. H. Noch schärfer zeigt sich der Rückgang der Beschäftigung in der Textilindustrie bei den Ziffern über die Kurzarbeit. Im Oktober 1927 arbeiteten nur 2 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder verkürzt, 1928 im Oktober jedoch 28,2 v. H. Aehnlich liegen die Verhältnisse in einer Reihe anderer Industrien.

Jedoch viel schwerer als der abnehmende Beschäftigungsgrad der Wirtschaft wogen für die Tätigkeit der Reichsanstalt die saisonmäßigen Schwankungen des Arbeitsmarktes. Bereits der Winter 1927/28 brachte einen ungewöhnlich großen Saisonausschlag auf dem Arbeitsmarkt. Noch viel verhängnisvoller für die Beschäftigung der Saisonberufe wurde dann der außergewöhnlich strenge und lange Winter 1928/29. Wohl noch nie — seitdem man den Arbeitsmarkt regelmäßig beobachtet — mußten die Außenberufe so vollständig und so lange Zeit hindurch stilliegen, wie in diesem Winter.

Daß

der Aufbau der Reichsanstalt

sich unter diesen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse schwierig gestalten mußte, ist klar. Fiel doch in diese Zeit die Verminderung der Landesarbeitsämter von 22 auf 13 und der Arbeitsämter von 881 auf 361. Diese Maßnahme erfolgte, wie der Bericht ausdrücklich betont, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Um welch gewaltigen Apparat es sich bei der Reichsanstalt mit ihren Unterorganen handelt, geht daraus hervor, daß der Haushalt der Anstalt für das Jahr 1929 bei den Arbeitsämtern 12 310 Beamte und Angestellte vorsieht. Im Oktober 1927 hat diese Zahl noch 18 500 betragen. Trotzdem kann nicht gesagt werden, daß die Höhe der Verwaltungskosten mit 7,2 Prozent der gesamten Ausgaben als besonders hoch anzusehen sind. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß auch die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung von den Aemtern mit zu erledigen ist. Letztere Tätigkeit ist sicher die wichtigste der Anstalt. Die Kosten hierfür wurden früher von den Ländern und Gemeinden aufgebracht. Sie müssen jetzt auch von der Reichsanstalt getragen werden. — Der Haushaltsplan für 1928 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 297 468 620 M. ab. Der für 1929 mit 1 370 657 402 M. In diesen Summen sind aber in beträchtlicher Höhe auch Mittel enthalten, die das Reich und die Gemeinden der Anstalt zur Durchführung besonderer Aufgaben zur Verfügung stellen, insbesondere die Mittel für die Zwecke der Krisenfürsorge, der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit und der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

sind für 1928 mit 840 Millionen angegeben und für 1929 mit 850 Millionen eingesetzt. Auf der Ausgabenseite stehen die Aufwendungen für Unterstützung der Arbeitslosen einschließlich der Zuschläge für Familienangehörige und der Versicherungsbeiträge, 1928 mit 816 Millionen und 1929 mit 700 Millionen. Der geringe Voranschlag für 1929 erklärt sich daraus, daß die Anstalt in diesem Haushaltsjahr mit einer stärkeren Entlastung der Versicherung durch besondere Maßnahmen für die berufsüblichen Arbeitslosen rechnet. Durch die gewaltige Zunahme der berufsüblichen Arbeitslosigkeit und den außergewöhnlich langen Winter hat sich die Finanzlage der Anstalt im neuen Jahre sehr verschlechtert. Es mußten bereits Darlehen des Reiches in Anspruch genommen werden.

Der monatliche Aufwand für den einzelnen Arbeitslosen betrug im Durchschnitt des Jahres 1928 81,73 M.

Von den 18,9 Millionen Arbeitnehmern, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen, waren Ende November 1928 von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung entbunden insgesamt 2 370 173 Personen. Es handelt sich hier in der Hauptsache um Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft und um Lehrlinge. Ende November 1928 umfaßte die Arbeitslosenversicherung 17 057 877 Personen. Eine freiwillige Versicherung gegen Arbeitslosigkeit besteht nur für Angestellte, die wegen Ueberschreiten der Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung aus der Versicherungspflicht ausscheiden. Von diesem Recht der freiwilligen Weiterversicherung hatten Ende November 3052 Angestellte Gebrauch gemacht.

In einem besonderen Abschnitt beschäftigt sich der Bericht auch mit der Unterstützungsfrage bei Arbeitskämpfen. Der Begriff der unbilligen Härte wird so ausgelegt, daß eine Härte bei jedem mittelbar in einen Kampf hineingezogen vorliegt. Unbillig soll sie aber nach dem Willen des Verwaltungsrates erst dann werden, wenn die Arbeitslosigkeit des einzelnen mittelbar betroffenen länger als 14 Tage dauert. Warum erst nach 14 Tagen und nicht sofort der Begriff der unbilligen Härte angewendet wird, sagt der Bericht nicht. Uns will scheinen, daß, wenn schon unbillige Härte angenommen wird, diese auch sofort gegeben ist. Ob unbillige Härte vorliegt, entscheidet im Streitfalle der Vorstand der Reichsanstalt unter Hinzuziehung von Verstärkungsbeisitzern. Nach dem Bericht wurde in den meisten Fällen mittelbarer Kampffolgen die Unterstützung abgelehnt, also die unbillige Härte nicht anerkannt. Es wird notwendig sein, daß besonders seitens der Gewerkschaften hier auf klare Bestimmungen hingearbeitet wird.

E. Wilms.

Sie sparen den Verbandsbeitrag –

Wir berichteten in Nr. 16 unserer Zeitung vom 20. April über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Betrieben der württembergischen Textilindustrie. U. a. wiesen wir darauf hin, daß in einer Seidenweberei die Akkordarbeiterinnen zu 75 Prozent nicht den Zeitlohn verdienen. Die Firma Schmitz u. Co., Biberach, weist uns darauf hin, daß aus unserm Bericht der Eindruck entstehen könnte, es handele sich bei der betreffenden Seidenweberei um einen Biberacher bezw. ihren Betrieb. Wir geben unsern Lesern gerne davon Kenntnis, daß dies nicht der Fall ist; in unserm Bericht wurde Name und Sitz der fraglichen Seidenweberei nicht genannt.

Wöchentlich 10 Ueberstunden gratis!

Schon seit Jahren sind die Organisationsverhältnisse im Betriebe der Baumwollspinnerei und -weberei in Wangen/Allgäu außerordentlich unzulänglich. Vor allem in der Abteilung „Weberei" dieses Werkes ist der größte Teil der Arbeiterschaft unorganisiert. Nur ein kleiner Prozentsatz der Weber und Weberinnen sind Gewerkschaftler; die übrige Arbeiterschaft glaubt, sich ihren Verbandsbeitrag sparen zu können. Daß dabei die Firma das beste Geschäft macht, zeigt folgendes Rechenexempel:

Die Weber und Weberinnen, die drei und vier Stühle bedienen, müssen ihre Stücke selbst putzen. Da während der Arbeit hierfür die notwendige Zeit fehlt, verrichten diese Leute das Stückeputzen abends nach Fabrikschluß (5 Uhr). So bleibt ein großer Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter täglich bis um 7 Uhr im Betrieb. Diese Leute arbeiten also täglich 2 Stunden, wöchentlich 10 Stunden umsonst, falls sie nicht auch noch am Samstag Stücke putzen.

Nehmen wir an, daß eine Akkordarbeiterin nach der Ortsklasse II des in Frage kommenden Tarifes einen Stundenlohn von 54 Pfg. verdient, so beträgt der Verdienstausfall für diese umsonst geleistete Arbeit wöchentlich 5,40 RM. Der Verbandsbeitrag, den diese Arbeiterinnen und Arbeiter sich auf solche Art ersparen, beträgt im Durchschnitt etwa 70 Pfg. Um diese 70 Pfg. sich wöchentlich zu sparen, schenken diese Weber und Weberinnen ihrem Arbeitgeber wöchentlich 5,40 RM., im Jahre also 280,80 RM.! Daß dem Arbeitgeber eine solche Arbeiterschaft nur angenehm sein kann, leuchtet ein.

Frühjahrskonferenz des Sekretariatsbezirks Elberfeld

Für Sonntag, den 14. April, waren die Vertreter des Sekretariatsbezirks Elberfeld zu einer reichhaltigen Arbeitstagung nach Neviges eingeladen. Die Tagung begann vormittags punkt 10.45 Uhr. Kollege Merg konnte 60 Delegierte des Sekretariatsbezirks auf dieser Tagung begrüßen. Vertreten waren die Ortsgruppen Elberfeld, Vohwinkel, Hochdahl, Düsseldorf, Wülfrath, Neviges, Kupferdreh, Werden und Kettwig. Nicht vertreten waren die Ortsgruppen Langenberg und Gruiten.

Unser Bezirksleiter, Kollege Weber, hielt ein Referat über die Bedeutung der Arbeiterin in der Textilindustrie. In klaren Worten wies er an Zahlen nach, wie von Jahr zu Jahr sich die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte vermehre. Dieses geschehe nicht nur in der Textilindustrie, sondern in der gesamten Industrie Deutschlands. Besonders stark tritt diese Entwicklung jedoch in der Textilindustrie in die Erscheinung. Besonders bedenklich sei dabei die große Zahl der beschäftigten verheirateten Frauen. Das große Angebot der weiblichen Arbeitskräfte bildet eine Gefahr des Lohndrucks für Männer. Unser Ziel muß sein, für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu erhalten.

Kollegin Pappenheim sprach über den gesetzlichen Schutz der Arbeiterschaft, unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Arbeiterin. In kurzen Strichen legte sie dar, was in den letzten Jahrzehnten auf diesem Gebiet geleistet worden sei. Bedauerlich sei dabei, daß die Arbeiterinnen vielfach aus Unkenntnis nicht den vollen gesetzlichen Schutz in Anspruch nehmen. Unter unseren Zukunftsaufgaben müßten wir besonders für eine Heraufsetzung des Schutzalters und für einen erweiterten Erholungsurlaub der Jugendlichen eintreten. Als ganz besonders wichtig bezeichnete dabei Kollegin Pappenheim die Neugestaltung unserer veralterten Gewerbeordnung. Dieselbe müsse mehr die neuzeitlichen Verhältnisse angepaßt werden. Die Aussprache über beide Referate war sehr lebhaft. Viele Beschwerden über mangelhafte Durchführung des bestehenden Arbeiterschutzes wurden erhoben. Ganz besonders wurde der ungenügende Schutz gegen Entlassung von Betriebsratsmitgliedern im Krankheitsfalle betont. § 123 Abs. 8 der Gewerbeordnung darf für die Mitglieder des BR. keine Anwendung finden.

In seinem Schlußwort sprach Kollege Merg über das Thema: „Die Mitverantwortung unserer Mitarbeiter für die Entwicklung unserer Organisation". Er richtete den dringenden Appell an die Anwesenden, für eine verstärkte Agitation in der Gewinnung neuer Mitglieder und für Zahlung erhöhter Verbandsbeiträge einzutreten. Ganz besonders sei aber notwendig, die Mitglieder zum verstärkten Versammlungsbesuch anzuhalten. Denn nur gut geschulte Mitglieder können unserer Arbeiterbewegung dienstbar sein.

Mit einem Hoch auf unseren Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands wurde die gut verlaufene Tagung gegen 5.30 Uhr durch den Kollegen Merg geschlossen.

Tarifverlängerung und Lohnabbau!

Gescheiterte Lohnverhandlungen in der schlesischen Textilindustrie

Wie bereits berichtet, waren vom Verbande Schlesischer Textilindustrieller sämtliche Bezirkslohntarife zum 30. April 1929 gekündigt worden. Ihre Abänderungsvorschläge für die neu abzuschließenden Tarife bezogen sich im wesentlichen auf folgende Punkte: Streichung der Akkordbegrenzungsklauseln und diesbezügliche Protokollnotizen in verschiedenen Bezirkstarifen, eine einheitliche Fassung der Bestimmungen betreffs Vergütung bei Arbeitsunterbrechungen und Aufnahme einer Bestimmung, wonach die Arbeiter alle vermeintlichen Ansprüche auf zu wenig gezahltes Entgelt spätestens zwei Wochen nach erfolgter Lohnzahlung geltend zu machen haben. Geschieht dies nicht, so sei das als Verzicht anzusehen.

Die Textilarbeiterverbände hatten nun ihrerseits den Manteltarif zum 30. Juni 1929 gekündigt. Ihre Gegenvorschläge für Abschluß der Lohntarife gingen von der Festsetzung eines Ecklohnes von 66 Pfg. (für männliche Facharbeiter über 20 Jahre) aus. Daneben waren noch einige weitere Verbesserungen der Bestimmungen des Lohntarifes vorgeschlagen worden.

Am 30. April fanden nunmehr die ersten Lohnverhandlungen in Breslau statt. Der Ansicht der Arbeitgeber, über den Lohntarif unabhängig von dem noch abzuschließenden Manteltarif zu verhandeln, wurde von Arbeitnehmerseite entschieden widersprochen. Die Industriellen verlangten eine Verlängerung der alten Tarife um zweieinhalb Jahre bis Ende des Jahres 1931. Außerdem forderten sie einen Lohnabbau für die gesamte Flachsgarnspinnerei. Dieses Ansinnen mußte von der Verhandlungskommission als unannehmbar abgelehnt werden. Dem gab der Wortführer der Arbeiterschaft Ausdruck, worauf die Arbeitgeber die Verhandlungen für gescheitert erklärten.

Lohnverhandlungen in der Krefelder Samtindustrie

Nachdem die Gewerkschaften im Monat März den Lohntarifvertrag und die Einheitsakkordgrundlohnliste, die gleichfalls Bestandteil des Tarifvertrages ist, zum 30. April cr. kündigten, haben am gleichen Tage auch die Arbeitgeber ihrerseits die Kündigung ausgesprochen.

Die Gewerkschaften stellten folgende Forderungen:

1. Die Zeitlöhne der Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen werden um 10 Prozent erhöht.
2. Die Löhne der nur im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden um 15 Prozent erhöht.
3. Die Akkordlöhne werden, unter Beibehaltung der Einheitsakkordgrundlohnliste als Bestandteil des Tarifvertrages, im allgemeinen durchschnittlich um den Prozentsatz erhöht, um den die Zeitlöhne der Akkordarbeiter erhöht werden.

Die Arbeitgeber ihrerseits verlangen eine unveränderte Verlängerung des Zeitlohntarifvertrages für die Dauer von zwei Jahren.

Außerdem forderten sie Wegfall der Einheitsakkordgrundlohnliste als Bestandteil des Tarifvertrages.

Am 2. Mai haben die ersten Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis war, wie kaum anders zu erwarten, negativ. In ihren Ausführungen versuchten die Arbeitgeber den Nachweis für die Unmöglichkeit der Beibehaltung der Akkordgrundlohnliste zu erbringen. Vor allen Dingen will man die Möglichkeit einer Lohnregulierung, auch während der Laufdauer des Vertrages, haben. Mit diesem Gedanken der Regulierbarkeit und des Wegfallens der Lohnliste als Bestandteil des Vertrages könnte man sich dann vertraut machen, wenn die Zeitlöhne der Samtarbeiterschaft einigermaßen den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung tragen würden. Daran denkt man aber auf Arbeitgeberseite, wie die Forderung auf unveränderte Verlängerung der Tarife zeigt, nicht. Deshalb mußten die Gewerkschaften die Beibehaltung der Akkordgrundlohnliste und die Erhöhung derselben verlangen. Die Arbeitgeber ihrerseits blieben jedoch hartnäckig bei der Verfechtung ihrer Forderung. Sie wollten sich eventuell dazu bequemen, die Einheitslohnliste bestehen zu lassen, jedoch sollten tarifvertraglich nur die Grundlöhne festgelegt werden. Sämtliche Zuschläge (z. B. Materialzuschläge, Bindungszuschläge usw.) sollten nicht unter die tarifvertragliche Bindung fallen. Das würde bedeuten, daß bei Materialänderungen, die schließlich täglich nachgewiesen werden können, ein vorher gezahlter Zuschlag ohne weiteres in Wegfall käme, ohne daß der Arbeiter eine Prüfungsmöglichkeit hat. Damit aber noch nicht genug. Die Arbeitgeber knüpfen daran noch die weitere Bedingung, die besser entlohnten Werke im Lohne zu revidieren. Dabei werden an erster Stelle die sogen. Transparentwerke und die 3/6-Schußwerke genannt. Hier wollen sie einen hohen Prozentsatz abbauen, wogegen sie es aber grundsätzlich ablehnen, die zu niedrig liegenden Werke zu erhöhen. Mit einem Worte: weitgehender Lohnabbau wird verlangt.

Die Samtweberschaft weiß nun, woran sie ist. Hoffentlich weiß sie nun aber auch, wie das Gebot der Stunde heißt. Organisatorische Lücken müssen in den allernächsten Tagen in den Betrieben unter Hinweis auf die Stellungnahme der Arbeitgeber ausgemerzt werden.

Festzustellen wäre noch, daß die Verhandlungen unter Beisein des Herrn Dr. Klaue, Berlin, stattfanden. Es ist die Gewohnheit dieses Herrn, während der Verhandlungen selbst ruhig sich auszuschweigen, wenn er spricht, dann nur wissenswerte Sätze. So auch in der Verhandlung vom 2. Mai. Von seiten der Gewerkschaften wurde darauf verwiesen, daß in der deutschen Textilindustrie in den letzten Monaten überall eine Lohnerhöhung erzielt worden wäre. Selbst das freie Schiedsgericht habe sich den wirtschaftlichen Vernunftgründen nicht entziehen können und einstimmig alle Sprüche gefällt. Hierauf prägte Herr Dr. Klaue folgenden Satz, der wirklich wert ist, festgehalten zu werden: „Wir haben das freie Schiedsgericht gewählt, weil wir uns nicht dem Diktat des Herrn Arbeitsministers und der Herren Schlichter unterordnen wollten."

Diese Worte sind bezeichnend für den Geist, der in Kreisen der Industrie vorherrscht. Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein!

Tarifkündigung in der oberbergischen Textilindustrie

Für die Textilindustrie des oberbergischen Bezirkes ist seitens der Gewerkschaften das Arbeitszeitabkommen und der Lohntarif zum 31. Mai gekündigt worden. Die Bestimmungen des bisherigen Arbeitszeitabkommens waren erheblich ungünstiger als in den übrigen Textilbezirken, weshalb von den Gewerkschaften eine Neuregelung und Angleichung beantragt wird. Die Lohnkündigung ist mit dem Ziele einer Verbesserung der bisherigen Löhne erfolgt. Es handelt sich bei der Kündigung lediglich um den oberbergischen Bezirk. Im übrigen rechtsrheinischen Bezirk bestehen keine Differenzen.

Allgemeine Rundschau

Gesetz über Mindestlöhne im Reichstage verabschiedet.

Der Reichstag beschäftigte sich am 2. April mit dem Gesetzentwurf zum Internationalen Uebereinkommen zur Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen. Die Vorlage wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen. Am 23. April beschäftigte sich der Reichstag erneut mit dem Gesetzentwurf und verabschiedete die Vorlage endgültig in dritter Lesung. Das Abkommen wird also in kurzer Zeit unterzeichnet werden. In dem Gesetz wird bestimmt, daß Verfahren eingerichtet werden, die es gestatten, Mindestlöhne für die Arbeitnehmer in gewissen Gewerben, insbesondere in der Heimarbeit, festzusetzen, in dem keine wirksamen Einrichtungen zur Festsetzung von Mindestlöhnen, sei es durch Gesamtvertrag oder auf anderem Wege, bestehen, und in denen die Löhne außergewöhnlich niedrig sind. Der Regierung steht es frei, nach Anhörung der Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entscheiden, auf welche Gewerbe, insbesondere auf welche Zweige der Heimarbeit, Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen angewandt werden sollen. Die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden paritätisch an der Durchführung des Verfahrens mitwirken. Die festgesetzten Mindestlöhne haben verbindliche Kraft für die beteiligten Arbeitgeber und Arbeiternehmer. Sie dürfen von ihnen nicht durch Einzelabmachungen und ohne allgemeine oder besondere Ermächtigung durch die zuständigen Behörden, auch nicht durch Gesamtarbeitsverträge, herabgesetzt werden.

Hat sich die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gebessert?

Ueber diese Frage ist schon sehr viel diskutiert worden. Jede ernste, unvoreingenommene Betrachtung kam zu dem Ergebnis, daß im allgemeinen eine Besserung der Lebenshaltung nicht eingetreten ist. So schreibt noch in den letzten Wochen Dr. Bruno Moll, Professor der Nationalökonomie an der Leipziger Universität, der ausdrücklich betont, daß er weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern nahe stehe, in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" (47/1927) als Endergebnis seiner bemerkenswerten Untersuchungen: „Das Ergebnis bleibt, daß eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft gegenüber der Vorkriegszeit nicht gut angenommen werden kann, ja, unter Berücksichtigung des Zeitfortschritts eher eine Verschlechterung. Dieses Ergebnis muß festgestellt werden ohne Rücksicht darauf, ob es „taktisch" richtig ist, wenn im gegenwärtigen Zeitpunkte derartiges ausgesprochen wird."

Das „Evangelische Deutschland" (12/1929) schreibt zu der gleichen Frage:

„Die Tatsache, daß die Stundenlöhne, die den deutschen Arbeitern heute gezahlt werden, vielfach nicht unwesentlich höher als die Friedenslöhne sind, hat den Rückschluß veranlaßt, daß die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters heute im allgemeinen besser sei als in der Vorkriegszeit. Es trifft allerdings zu, daß die Stundenlöhne in den hauptsächlichsten Arbeitergruppen auch bei Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten noch um einige Prozent höher sind als die entsprechenden Friedenslöhne. Es ist aber zu berücksichtigen, daß für die Ermittlung des Reallohns die Wochenlöhne zugrunde zu legen sind und daß heute eine ungleich größere Arbeitslosigkeit als jemals in der Vorkriegszeit herrscht. Sehr instruktiv ist ein Vergleich der Ermittlungen des Internationalen Arbeitsamtes über die Reallöhne in den Hauptstädten der Welt. Wenn man den Lohn in London gleich 100 setzt, ergibt sich für Berlin 68, für Stockholm 87, für Amsterdam 85. Die auf Grund rein äußerlicher Zahlenvergleiche gemachten Feststellungen über höhere Reallöhne als im Frieden sind also mit größter Vorsicht und Zurückhaltung aufzunehmen."

Aus unserer Jugendbewegung

Dritter Wochenendkursus der weiblichen Jugendgruppe in Monschau.

Das Ziel unserer Jugendbewegung ist, die jugendlichen Mitglieder heranzubilden für die künftigen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben: Menschen zu erziehen, die an ihre Sendung glauben, mit ihrem Stand verwurzelt sind; die etwas wissen und können, denn nur dann werden sie fähig, diese ihre Aufgaben zu erfüllen.

Gelegenheit dazu wird in den Jugendgruppen in reicher Fülle gegeben. Demselben Zwecke, der Schulung der Mitglieder, diente auch unser letzter Wochenendkursus, den unsere Kollegin Berens leitete. Als Referent war der Reichsjugendleiter Kollege Franz Fischer erschienen, froh von allen begrüßt.

Gern und lernbegierig haben wir uns zusammengefunden, um uns mit neuem Wissen zu bereichern. Samstags nachmittags wurde das Thema „Das Verbandsziel" behandelt. Am Abend gingen wir mit einem frohen Lied nach Hause und trafen uns Sonntag morgen wieder zu neuem Schaffen. Mit erneutem Eifer folgten wir dem Thema „Unsere Aufgaben zur Verwirklichung des Verbandszieles". Nach dem gemeinsamen Mittagessen trafen wir im Gesellenhaus mit Aachener und Brander Verbandsschwestern zusammen. Es gab erst ein freudiges Begrüßen, dann folgte ein frohes Tanzen. In schönem Volkstanz und Reigenspiel vergnügten wir uns noch kurze Zeit. Vor dem Kaffeetrinken gingen wir alle, in langer Reihe, zum Burghof, wo zwei schöne Gruppenbilder gemacht wurden. Der Abend vereinte dann wieder alle zum ernsten Vortrag, den Kollege Schürmann hielt über „Die Aufgaben der Jugendbewegung und wie wir unserm Leben neue Gestalt und neue Form geben sollen". Es waren Worte, die wohl manchem in stiller Stunde zu denken geben.

Der Schluß löste dann die Spannung, welche die Aussicht, unser großes Jugendtreffen in Düsseldorf im Film zu sehen, hervorgerufen hatte. Zweimal mußte der Film unseren Augen vorgeführt werden, und jedesmal wurden die einzelnen Bilder mit heller Begeisterung begrüßt. Es war ein frohes Wiedererleben mancher frohen Begebenheit.

Jeder, der tiefer in unsere Arbeit hineinschaut, spürt wohl, bei uns ist Leben, Tat und kraftvolles Streben, und es soll nicht nur so bleiben, sondern es muß stets besser werden.

Unser Wollen und Streben soll Fernstehenden Ansporn sein, auf daß alle christlichen Textilarbeiter- und Arbeiterinnen sich bald in unserem Verbande finden. A. H.

Jugendgruppe Aachen.

Frühling, ein neues Leben und Erwachen in der Natur! Frühling aber soll es auch werden in unsere Jugendgruppe. Diesen Gedanken schickte unser Jugendführer, Kollege Ewald Schürmann in der am 22. April stattgefundenen Jugendversammlung voraus. In unseren letzten zwei Jugendschulungs- und Bildungsabenden behandelte der Jugendführer ausführlich das Thema „Werbeaktion". Mühe wurde in unserer Gruppe nicht gescheut, aber die Früchte blieben nicht aus. Konnten wir doch auf der letzten Jugendversammlung 23 neue Kollegen unserer Gruppe zuführen. Auf der Tagesordnung standen: „Zweck und Ziele unserer Jugendbewegung" und „Das Reichstreffen in Köln". Gegen 7.15 Uhr eröffnete Kollege Schürmann die Versammlung. Zu Punkt 1 führte der Jugendführer u. a. aus: „Nur durch eine intensive Schulungs- und Bildungsarbeit ist es der Gewerkschaftsjugend möglich, den Aufstieg der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben zu fördern. Die heutige Jugend krankt an einer Ueberschätzung des Allgemeinwissens. In unserer Gruppenarbeit soll daher die Geistes- und Seelenkultur mehr in den Vordergrund treten. Ferner teilte der Jugendführer mit, daß der erste Fachkursus unter der Leitung des Kollegen Peter Thonet, welcher z. Z. noch drei weitere Kurse leitet, beendet ist. In diesem Fachkursus wurde allen teilnehmenden Kollegen ein großes Wissensvermögen für ihre berufliche Ertüchtigung mit auf den Lebensweg gegeben. Nur der geistig- und berufstüchtige Arbeiter könne heute als Qualitätsarbeiter bezeichnet werden." Freudig gaben alle anwesenden Kollegen unserm Jugendführer das Versprechen, tatkräftig in der Bewegung zum Wohle der ganzen christlichen Arbeiterbewegung mitzuarbeiten. Sodann gab Kollege Schürmann die Bedeutung und den Zweck des Reichsjugendtreffens in Köln bekannt, worauf sich sämtliche anwesenden Kollegen, 39 an der Zahl, in der Teilnehmerliste eintrugen. Geplant wurde, von Köln aus eine mehrtägige Ferienfahrt ins schöne Ahrtal zu unternehmen. Mit dem Wunsche, an den 14tägigen Jugendversammlungen regelmäßig teilzunehmen, wurde die Versammlung gegen 9 Uhr vom Jugendführer geschlossen.

Krefeld. Versammlung der männlichen Jugendgruppe.

Die am 24. April 1929 im Jugendheim Drießenhof stattgefundene Versammlung der männlichen Jugendgruppe stand unter einem besonderen Ereignis. Jährte sich doch zum 31. Male der Tag, an dem die Ortsgruppe Krefeld des Verbandes ins Leben gerufen wurde.

Aktienkurse

Aktienkurse 1928.

Nach der neuen Berechnung des Aktienindex durch das Statistische Reichsamt betrug der Jahresdurchschnitt aus 329 repräsentativen Aktien, den Durchschnitt von 1924 bis 1926 = 100 genommen, 1924: 97,70, 1925: 93,34, 1926: 108,96, 1927: 158,01, 1928: 148,41. Die höchste Steigerung erfuhren die Papiere von Unternehmungen aus Handel und Verkehr, die geringste Steigerung die Papiere von Bergbau und Schwerindustrie. Nach dem Stande vom Dezember 1928 lag an der Spitze der sämtlichen Gruppenindizes derjenige der Kaliaktien mit 255,32, den niedrigsten Index weist die Gruppe „Oel und Wachs" auf.

Der Vorsitzende, Kollege Theo Spönnen, konnte eine stattliche Anzahl Jugendlicher begrüßen. Er bot allen Erschienenen ein herzliches Willkommen. Besonders begrüßte er den alten Kämpen der christlichen Gewerkschaftsbewegung und Mitbegründer des Textilarbeiterverbandes, Kollegen Jakob Pesch, der gerne der Einladung, einmal einer Veranstaltung der Jugendgruppe beizuwohnen, gefolgt war.

Nachdem vom Vorsitzenden eingehend die Bedeutung des Tages gewürdigt worden war, sprach Jakob Pesch.

Von der Gründung der christlichen Gewerkschaften, vor allem aber des christlichen Textilarbeiterverbandes am linken Niederrhein ausgehend, entrollte er ein packendes Bild der ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der jungen Bewegung bei ihrer Gründung und in der ersten Zeit ihres Bestehens entgegenstellten. Er zeigte, wie die Bewegung nach den verschiedensten Richtungen sich durchsetzen und behaupten mußte, wie mit beginnendem Aufstieg die Schwierigkeiten größer wurden, trotz allem aber die Entwicklung zur heutigen machtvollen Organisation nicht aufzuhalten war. Aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen schöpfend, gab er manchen treffenden Wink für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit. Die Jugend forderte er auf, das bis heute durch die Organisation Errungene zu schützen und zu verteidigen. Darüber hinaus aber mit allen Mitteln den weiteren Aufbau des Verbandes fördern zu helfen zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Reicher Beifall lohnte den Redner, ein Beweis dafür, daß er den richtigen Ton gegenüber den Jugendlichen gefunden hatte.

Namens der Sekretariatsleitung sprach Kollege Klöppels, namens der Jugendgruppe Jugendführer Klaydor herzliche Worte des Dankes.

Im weiteren Verfolg des Abends wurde über das Sommerprogramm berichtet. Am Sonntag, den 28. April, findet ein Jugendtreffen der Jugendgruppen des Sekretariats Krefeld in Krefeld statt. Vorgesehen ist bei dieser Gelegenheit eine Besichtigung der preußischen höheren Webeschule. Ferner wurde auf das Reichsjugendtreffen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln hingewiesen. Es kann jetzt schon als sicher angenommen werden, daß eine große Anzahl der jugendlichen Textilarbeiter an dieser Tagung teilnehmen wird. Muntere Spiele beschlossen den in jeder Hinsicht wohlgelungenen Abend.

Berichte aus den Ortsgruppen

Nordhorn. Am Samstag, den 20. April, fand für das Sekretariat Nordhorn, welches die Ortsgruppen Nordhorn, Schüttorf, Bentheim und Salzbergen umfaßt, eine Sekretariatskonferenz in Schüttorf statt. Um 5 Uhr eröffnete Sekretariatsleiter Kollege Lüthenhuis die Konferenz. Er begrüßte die Anwesenden, insbesondere den Bezirksleiter Kollegen Heeke aus Münster sowie die Kollegin Jansen aus Emsdetten. Nach Vortrag eines Eröffnungsmarsches durch die Musikabteilung der Jugendgruppe Nordhorn gab er den Geschäftsbericht des ersten Quartals 1929 bekannt. Er zeigte die Entwicklung die Beitragsverhältnisse und gab Bericht über die getätigten Betriebsratswahlen. In diesem Jahre haben wir einen vollen Sieg über den Deutschen Textilarbeiterverband zu verzeichnen. Die Mitgliederverhältnisse haben sich trotz der Krise während des Quartals gebessert. Redner spornte in seinen Worten dazu an, unsere Werbearbeit weiter fortzuführen, bis der letzte falsch oder abseitsstehende Kollege und die letzte Kollegin in unseren Reihen steht.

Hierauf nahm Kollegin Jansen (Emsdetten) das Wort zu einem Vortrag über unsere Jugendbewegung. Kollegin Jansen erinnerte daran, daß die Jugendbewegung in den letzten Jahren in den Vordergrund der Betrachtungen stehe und daß die Ortsgruppen sich mehr als bisher mit der Frage der Jugendabteilungen beschäftigen müsse.

Sodann eröffnete Kollege Heeke (Münster) die Diskussion über beide Referate. Zum Geschäftsbericht des Kollegen Lüthenhuis betonte er, daß man jetzt endlich darangehen müsse, die niedrigen Beitragsklassen verschwinden zu lassen. Unsere Bewegung muß gestärkt werden durch einen guten Beitrag. Weiter gab Kollege Heeke noch einige Anweisungen über die Werbearbeit der Vertrauensleute. Nachdem noch einige Kollegen zu den drei Referaten gesprochen, schloß Kollege Lüthenhuis die Konferenz. Hierauf spielte die Musikgruppe Nordhorn einige gute Musikstücke, was nach der ernsten Arbeit der Konferenz den Teilnehmern noch Gelegenheit zu einem frohen Beisammensein bot.

Bekanntmachung

Neues Sekretariat!

In Ahaus, Westfalen, Bahnhofstr. 62, Telefon 328, ist ein neues Sekretariat unseres Verbandes unter der Leitung des Kollegen

Johann Kerkhoff

errichtet worden.

† Sterbetafel †

Heinr. Lohberg, Bocholt, 24 J. — Johanna Philipsen, Lobberich, 23 J. — Anna Metzler, Lobberich, 53 J. — Johann Nykamp, Nordhorn, 41 J. — Franz Kück, Büren, 20 J. — Johanna Lohr, Landeshut, 69 J. — Nikolaus Haberkamp, M.-Gladbach, 67 J. — Wilhelm Keuß, Aachen, 74 J. — Ludwig van Berg, Baals, 70 J. — Karl Koppe, Osnabrück, 64 J. — Louis Uhlmann, Falkenstein, 52 J. — Johann Ackermann, Würselen, 65 J. — Anton Niering, Greven, 56 J. — Hermann Peuter, Walddorf, 62 J. — Christine Bollmann, Bocholt, 31 J. — Hermann Löffeld, Ochtrup, 29 J. — Berta Duscher, Kollnau, 49 J. — Andreas Herb, Kempten, 69 J. — Johann Thoneik, Lobberich, 85 J. — Katharina Schnitz, Otzenrath, 20 J. — Anna Fröhlich, Niederoderwitz, 59 J. — Margarethe Vocheser, Wangen, 37 J. — Maria Anna Müller, Füssen, 56 J. — Vitus Werz, Füssen, 54 J. — Christine Lindgens, Aachen, 61 J. — Anton Schallermeier, Friedberg, 56 J. — Adam Josef Hohmann, Fulda, 73 J. — Martin Zandt, Fulda, 65 J. — August Hucke, Effelder, 52 J. — Frau Förster, Ahaus, 76 J. — Otto Hanowsky, Forst, 59 J. — Käthe Engeln, Hehn, 18 J. — Anna Bocken, Viersen, 72 J. — Josef Merkle, Augsburg, 44 J. — Bernard Rensing, Bocholt, 77 J. —

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Kunstseide. — Gipfelleistungen des Profits. — Moderne Plutokratie. — Auf zur Jugendkundgebung des westfälischen Verbandsbezirkes! — Wenn zwei dasselbe tun. — Schönes Feriengeld. — Arbeiterschaft und deutsche Wirtschaftsnot! — Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — Frühjahrskonferenz des Sekretariatsbezirks Elberfeld. — Sie sparen den Verbandsbeitrag. — Tarifverlängerung und Lohnabbau! — Feuilleton: Rationalisierung in der Textilindustrie. — Zur Geschichte des Leinens. — Allgemeine Rundschau: Gesetz über die Mindestlöhne im Reichstage verabschiedet. — Hat sich die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gebessert? — Aus unserer Jugendbewegung: Dritter Wochenendkursus der weiblichen Jugendgruppe in Monschau. — Jugendgruppe Aachen. — Krefeld. Versammlung der männlichen Jugendgruppe. — Berichte aus den Ortsgruppen: Nordhorn. — Bekanntmachung. — Sterbetafel. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastr. 7.

Ein berühmter Forscher der Astrologie errechnet Ihnen INRE ZUKUNFT
Ob Sie Erfolg haben in der Liebe, Ehe, Beruf, Lotterie, Spekulation u. vieles andere. Fördern Sie ohne Zögern bei Angabe d. Geburtsdatums ein Gratishoroskop. Unkostenbeitr. n. Beliebe.
WELT-KULTUR-VERLAG BERLIN W 9/332

Käse am billigsten und besten dir. ab Fabrik. Rücknahme, wenn nicht gefällt.
9 Pfd. Holländer Art RM. 3.60
9 Pfd. Tafelkäse „ 3.75
9 Pfd. Tilsiter Art „ 4.70
9 Pfd. Holl.-Block ½ f. 6.90
Nachn., Porto, Verp. 1 Mk. extra
Carl Wacker, Käsefabrik Altona-Bahrenfeld 168

37 M bar. Freilauf-rad, 5 Jahre Garantie, elektr. Lampe 68 M bar. Diamant, Adler, Opel, Triumph, auf Winter, 10 M Anzahlg.
Teilzahlung
Rahmen 18,— Griffe 0,20. Preiskataloge umsonst
Schlawe Berlin 4 Weinmeisterstr. 4

Roman Greulich Lithogr. Anstalt Berlin NO 43
Beitragsmarken Rabattmarken Etiketten, Diplome

Betten federdicht echt rot gestr. Bettköper mit 17 Pfd. zartweicher Federfüllung, gr. 1½ schläf. Oberbett, Unterbett, zwei Kissen zus. 37.50 Mk. dasselbe mit prima Federfüllung 47.50, dasselbe in echtrot Daunenköper prima prima Ia. Ausführung 59.50. Bettfedern billigst. Muster und Preisliste gratis. Tausende Kunden, Nachbestellungen, Dankschreiben. Nichtgefallend Umtausch od. Geld zurück.
Bettenfabrik Frankrone Kassel 16, Postfach 80

Bienenhonig für M. 1.20 etwa ist leichte, gewöhnliche Handelsware, die führe ich nicht, aber
Schwarzwälder Edeltannenhonig
mit hochfeinem Aroma, dick und tiefdunkel, das heilkräftige Nahrungsmittel, kostet à Pfd. 2.— M. Ich liefere aber weil selbst geerntet, 5 Pfd.-Dose 9.50 M., 10 Pfd.-Dose 18.— M., bei Mehrabn. mehr Rabatt. Fr. Wernet, Bienenzucht, Obst- u. Forstbaumsch. Oberwinden i. Schwarzw.

Dr. Zinssers Gicht- u. Rheumatismustee hat sich seit 30 Jahren vorzüglich bewährt. Ueber 20000 Anerkennungen. Paket M. 1.80 u. 2.50 in fast all. Apoth.
Dr. Zinsser & Co. G. m. b. H. Leipzig 33

Käse billiger direkt ab Fabrik
Holst. Tafelkäse (Brotform) 9 Pfd. 3.60
Tilsiter Art (gelbe Rinde) 9 „ 4.80
Edamer Art (rot gewachst) 9 „ 4.80
Tilsiter Art (halbfett) 9 „ 6.—
Gute, schnittfeste Ware, hergestellt im Schmelzverfahren. Nachnahme, Porto und Verpackung 1.— extra.
Otto Damke, Käsefabrik, Hamburg 39. A. 21.